

Arbeit & Wirtschaft



Hoffnung Demokratie

Wo Autokrat:innen an die Macht kommen, werden auch die Rechte der Beschäftigten attackiert. Eine blühende Demokratie kann ihnen Einhalt gebieten.

Brüssel stabil / 12

EU-Politikerin Evelyn Regner über die solidarischen Kräfte Europas

Angriff auf die Gewerkschaft / 16

Argentinien, Ungarn und die USA erleben den Ernstfall

#1



RICHARD SOLDER CHEFREDAKTEUR
SARAH KLEINER CHEFIN VOM DIENST
GRETA STAMPFER ONLINEREDAKTION
THOMAS JARMER ART DIRECTOR & LAYOUT
MARKUS ZAHRADNIK FOTOS
SILKE MÜLLER ILLUSTRATIONEN
FLORIAN PRAXMARER LEKTORAT
SONJA ADLER ADMINISTRATION
VANESSA KOVAR REDAKTIONSSASSISTENZ

Mitarbeiter:innen dieser Ausgabe

Christian Bunke, Sophia Fielhauer-Resei,
 Sandra Gloning, Johannes Greß, Miriam Koch,
 Robert Misik, Milena Österreicher, Christian Resei,
 Nadja Riahi, Petar Rosandić, Korinna Schumann,
 Armin Thurnher

Redaktion Arbeit&Wirtschaft

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 534 44-39263, Fax: (01) 534 44-100222
 redaktion@arbeit-wirtschaft.at

Themenkomitee

www.arbeit-wirtschaft.at/impressum

Herausgeber:innen

Bundesarbeitskammer
 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22
 Österreichischer Gewerkschaftsbund
 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaberin

Bundesarbeitskammer
 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22
 Tel.: +43 1 501 65-0
 akmailbox@akwien.at

Hersteller

Walstead Leykam Druck GmbH & CO KG
 7201 Neudörfel, Biokfordstraße 21

Verlagsort Wien**Herstellungsort** Neudörfel**Abonnementverwaltung und Adressänderung**

Lukas Huemerlehner
 Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 662 32 96-0, aboservice@oegbverlag.at
 Einzelnummer: € 3,50 (inkl. MwSt.)
 Jahresabonnement Inland € 18,- (inkl. MwSt.)
 Ausland zuzüglich €14,-Porto
 Für Lehrlinge, Student:innen und Pensionist:innen
 ermäßigtes Jahresabonnement € 9,- (inkl. MwSt.)

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25

www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung
 ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655
 ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493,
 ISSN (Blog) 2519-5492

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeberin. Jeder Autor:in trägt die Verantwortung für seinen:ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller Mitarbeiter:innen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Nachdrucke, auch auszugsweise, sind nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Hinter den Kulissen



A&W-Chefin vom Dienst **Sarah Kleiner** im Interview mit **zwei ukrainischen Gewerkschafterinnen**, die über ihr mutiges Engagement in Kriegszeiten erzählen. Das Porträt der beiden lesen Sie **ab Seite 26**.



Franz Jantscher, Betriebsrat bei der voestalpine, mit Stahlarbeitern vor dem Hochofen in Donawitz. Seit Kurzem sitzt der 55-Jährige im Nationalrat, mit uns sprach er über seinen Weg in die Politik. Zu lesen **ab Seite 6**.

**Arbeit&Wirtschaft erscheint ab 2025
 sechsmal jährlich als Printmagazin.
 Unsere aktuellen Abo-Angebote finden Sie hier:**



Mit Ellbogen in die Einbahnstraße



RICHARD SOLDER
CHEFREDAKTEUR

Aus dem Weg, hier komm' ich! Das scheint derzeit auf der Welt das politische Motto zu sein, das sich durchsetzt. US-Präsident Donald Trump will verschiedensten Ländern diktieren, was sie zu tun haben. Wer nicht hören will, muss fühlen – in Form von Zöllen. Mit im Gepäck hat er den Milliardär Elon Musk, seines Zeichens reichster Mensch der Welt, der nun seine Macht als Teil von Trumps Regierungsteam schamlos ausnutzt, um in die Wahlkämpfe anderer Länder einzugreifen und der EU in Sachen Regulierung von Tech-Konzernen zu drohen.

Auch in Österreich nimmt eine Politik an Fahrt auf, die die Interessen einiger weniger vertritt. Einflussreiche Unternehmer und Wirtschaftsverbände diktieren, wie Koalitionsverhandlungen ablaufen.

Es heißt jetzt Abwehrhaltung einnehmen: An den konstruktiven Kräften in Europa ist es, den Oligarch:innen und Autokrat:innen – ob nun aus Moskau oder Washington – die Mauer und den Kontinent unabhängiger zu machen. Hierzulande geht es darum, Allianzen zu bilden gegen bevorstehende Angriffe auf unsere Demokratie.

In diesem Heft zeigen wir beides: die großen Herausforderungen, vor denen wir stehen, und wo wir ansetzen können. Viele beobachten die Geschehnisse der vergangenen Wochen und Monate mit Sorge. Sich öfters auszutauschen kann da schon kleine Wunder wirken. Der persönliche, direkte Kontakt wird noch wichtiger. Und, seien wir uns ehrlich, er bringt mehr, als stattdessen in den sozialen Medien hängen zu bleiben – erst recht, nachdem die meisten Plattformen Teil dieser beunruhigenden Entwicklungen geworden sind.

Vielleicht lassen sich neue Gewerkschaftsmitglieder gewinnen und der:die eine oder andere überzeugen, sich im Betriebsrat oder politisch zu engagieren.

Im eigenen Umfeld, im Betrieb, mit Freund:innen und in der Familie, können wir zudem alle vorleben, dass auf sich gegenseitig zu schauen immer mehr bringt, als die Ellbogen einzusetzen – vielleicht manchmal nicht auf den ersten Blick, aber langfristig definitiv. Stichwort übermorgen: Viele werden jetzt geprägt von einer Gesellschaft, die den Prinzipien von Reality-TV-Shows nacheifert. Zeigen wir ihnen sozialen Zusammenhalt, Bildungsdurst und Solidarität! Gerade jüngeren Kolleg:innen oder dem eigenen Nachwuchs kann man so signalisieren: Es gibt auch einen anderen Ansatz als den der rülpsenden Rüpel – Elon, hupf in Gatsch! **►**

Inhalt

SCHUTZSCHIRM SPANNEN

06 Wenn Populist:innen an die Macht kommen, hilft eines sicher nicht: Stillstand. Freiheit und Mitbestimmung müssen gelebte Praxis sein, um verteidigt zu werden – das gilt auch im Betrieb.

ARBEITSRECHTE UNTER BESCHUSS

16 Ein Angriff auf die liberale Demokratie ist meist auch einer auf Arbeitnehmer:innenrechte. Die Gewerkschaften von Argentinien, Ungarn und den USA halten dagegen. Was sie uns lehren.

EIN STÜCK WELT IN GRAZ

42 Mitbestimmung nur mit Pass? Der Migrant:innenbeirat zeigt vor, wie demokratische Teilhabe auch jenen geboten werden kann, die nicht wahlberechtigt sind. Denn der Wunsch, mitzugestalten, ist bei allen groß.

Was bedeutet Demokratie?	11
Petar Rosandić von „SOS Balkankrouten“ über eine große Frage	
Gutes aufzuzeigen macht stärker	12
Evelyn Regner im Gespräch über eine solidarische EU	
Reichtum außer Kontrolle	20
Wie reiche Menschen die Demokratie unterwandern	
Eine Frage der Gerechtigkeit	22
Korinna Schumann: Mitbestimmung ist eine Frage der Zeit	
Meinungsvielfalt im Betrieb – wie geht ihr damit um?	23
Betriebsratsmitglieder über Diskurse und Debatten	
Demokratie verteidigen	24
Lektionen für den Widerstand	
Mission Ukraine	26
Zwei Gewerkschafterinnen und ihr Einsatz im Krieg	
Verlorene Maßstäbe	29
Armin Thurnher über moralische Blindheit in der Politik	
Digitale Monarchie	30
Martin Andree im Interview zur Übermacht der Tech-Konzerne	
Unter Druck	34
Welche Wege führen aus der Druckerei- und Medienkrise?	
Einbürgerung inklusiver gestalten	37
Eine Analyse aus dem A&W-Blog	
Ein gutes Gefühl	38
Der Österreichische Gewerkschaftsbund wird 80	
Die Revolte von Krems	40
Wie funktionieren Protestbewegungen?	
Wie wir die Demokratie aufwerten	46
Das letzte Wort hat Renate Anderl, Präsidentin der AK	





Arbeit&Wirtschaft

Abendpost

Hoch die Beine und mal kurz den Ablenkungen und Pflichten des Alltags entfliehen: Die Arbeit&Wirtschaft Abendpost versorgt Sie immer mittwochs mit Informationen und Empfehlungen zu den aktuellsten Beiträgen unserer Online-Ausgabe.

Wie Sie dazu kommen?

Einfach zu unserem Newsletter anmelden!

www.arbeit-wirtschaft.at/abendpost

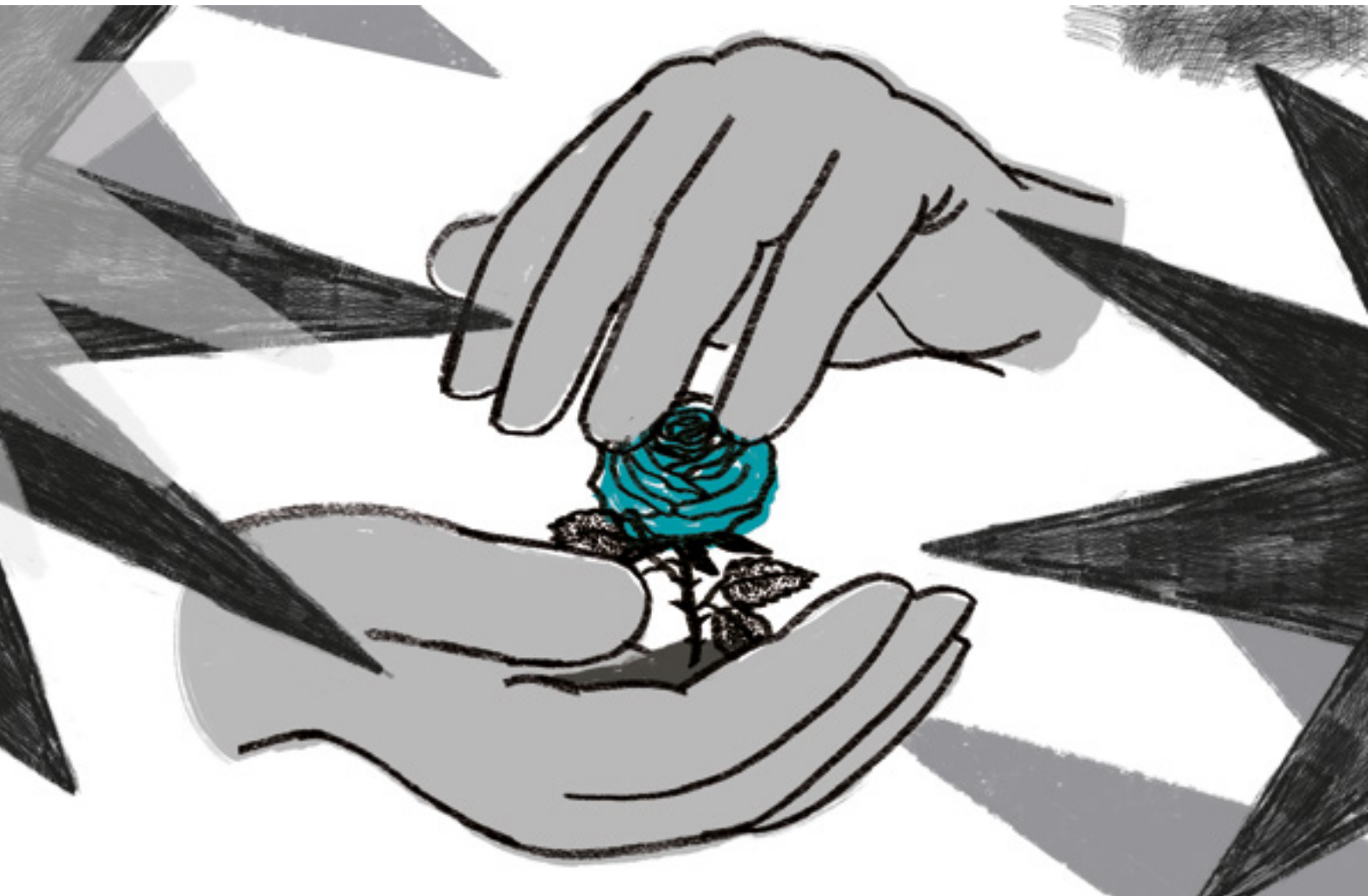
f X @ /AundWMagazin

www.arbeit-wirtschaft.at

Umkämpfte Demokratie

Populist:innen regieren, Nationen kippen in Autokratien, Polarisierung dringt in jede Ritze. Aber gegen den „Zerfall der Demokratie“ helfen nur Partizipation und Mitbestimmung – nicht zuletzt auch im Betrieb.

TEXT ROBERT MISIK



Sozialwissenschaftlerin Martina Zandonella bemerkt eine steigende Zufriedenheit mit den demokratischen Institutionen, jedoch Unterschiede in den Einkommensgruppen.



Manchmal kriecht die Geschichte jahrzehntelang vor sich hin“, schrieb der US-amerikanische Politikprofessor und Autor Yascha Mounk vor einigen Jahren, und alles nehme seinen gewohnten Gang. „Und dann, ganz plötzlich, verändert sich innerhalb weniger Jahre alles auf einmal“, so Mounk. „In einem solchen Moment befinden wir uns gerade.“ Der Titel seiner besorgten Untersuchung: „Der Zerfall der Demokratie“.

Die liberale, pluralistische Demokratie hat schon bessere Tage gesehen. Populistische und antidemokratische Parteien gewinnen immer häufiger Wahlen, Halb- und Ganzautokrat:innen untergraben die Institutionen der Demokratie, wie die freien Medien und unabhängige Gerichte. Generell sickern Negativismus und Unzufriedenheit in alle Poren, was dann illiberalen Führungsfiguren die Möglichkeit gibt, mit der Botschaft „Ich bin eure Stimme“ die Wütenden hinter sich zu versammeln. In Ungarn baut Viktor Orbán das Land seit eineinhalb Jahrzehnten um. In den USA gewann Donald Trump die Präsidentschaftswahlen und bildete eine Regierung aus verrückten Verschwörungstheoretiker:innen, Radikalen und loyalen Speichellecker:innen. Oligarchen wie Elon Musk begnügen sich nicht mehr mit Einflussnahme im Hintergrund, sie haben die Regierung fest im Griff wie in den Zeiten des „Räuberbaron-Kapitalismus“.

Menschen, die auf die ordnungsgemäße Durchführung von Wahlen vertrauen

Quelle: FORESIGHT (2024)



Hatte man vor dreißig Jahren, nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, noch geglaubt, die Demokratie sei auf einem globalen Siegeszug, so werden heute im Demokratie-Index des britischen Mediums „Economist“ nur noch 24 Länder als vollständige Demokratien geführt. Immer mehr Nationen kippen in die Autokratie.

Demokratieverständnis in Österreich

Es ist Anfang Jänner 2024, und wir treffen die Sozialwissenschaftlerin Martina Zandonella zum A&W-Gespräch im Meinungsforschungsinstitut FORESIGHT. Wie es der Zufall so will, wurde Herbert Kickl am Vortag mit der Bildung einer Bundesregierung betraut. Die Koalitionsgespräche der drei Mitte-Parteien waren kurz davor krachend gescheitert. Eigentlich hat Zandonella, die seit 2018 den jährlichen „Demokratiemonitor“ erhebt, durchaus ein paar erfreuliche Daten in ihren Zahlenreihen. Die Zufriedenheit und das Vertrauen in die demokratischen Institutionen steigen wieder leicht – nachdem sie jahrelang rückläufig waren. Rund neun von zehn Befragten halten die Demokratie als beste Regierungsform hoch. Aber es gibt auch ein paar Alarmsignale: Verglichen mit 2020 ist das Vertrauen in die Funktionstüchtigkeit der Institutionen noch immer im Keller: Lediglich 43 Prozent der Befragten sind etwa der Meinung, dass das politische System sehr gut oder ziemlich gut funktioniert – vor fünf Jahren waren es noch 66 Prozent. Und während sich in den beiden oberen Einkommenssegmenten – unter den Spitzenverdiener:innen und in der Mitte – die Zufriedenheitswerte erholen, sinken sie im unteren Drittel seit 2020 konstant und ungebrochen.

„Die Schere geht weiter auf“, sagt Zandonella. Geringverdiener:innen, Unterprivilegierte, Arme, prekär Beschäftigte, Niedrigpensionist:innen: Sie sähen sich in der Politik, etwa im Parlament, kaum mehr repräsentiert. „Ein Drittel hat sich verabschiedet, die Krisenjahre haben viel Vertrauen gekostet“, sagt die Sozialforscherin. Die Bevölkerung als Ganzes sei aber keineswegs so polarisiert, wie Me-



dienberichte vermuten lassen. In den meisten Fragen, von Migration über Klimawandel bis hin zu den anderen heftig diskutierten „Trigger“-Themen, habe die breite Mitte der Gesellschaft differenzierte Meinungen. „Die meisten Leute sind ambivalent“, so Zandonella. Nur rund acht Prozent hätten ein festes antidemokratisches Weltbild, aber „innerhalb dieser Gruppe gibt es eine Radikalisierung“.

Die Unzufriedenheit mit der Demokratie hat sich dabei seit Jahren aufgebaut. Der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch hat diese Entwicklung schon vor zwei Jahrzehnten mit dem Begriff der „Postdemokratie“ beschrieben, womit die Kaperung des politischen Systems durch Lobbys und Interessengruppen gemeint ist, aber auch Stimmungen wie „Langeweile, Frustration und Desillusionierung“ bei der Wähler:innenschaft. Autoritäre Attacken kommen daher heute häufig mit demokratischer Rhetorik daher. Sogar verbissene Extremist:innen sagen selten, dass sie beabsichtigen, eine Autokratie zu errichten. In den meisten Fällen mimen sie die Stimme des „einfachen Volkes“, der „ganz normalen Leute“, der „regular guys“, wie man in den USA sagt. Sie geben sich geradezu als die eigentlichen Demokrat:innen aus. Die neuen medialen Strukturen helfen ihnen dabei, etwa die Zuspitzungsmaschinen „Social Media“ und deren Zusammenspiel mit dem Revolverjournalismus.

Individuum versus Mehrheit

Betrachtet man die Dinge nüchtern, ist gar nicht so richtig klar, was Demokratie überhaupt ist. Wörtlich meint sie „Volksherrschaft“, und in unserem Alltagsverständnis ist sie mit Wahlen und Mehrheitsentscheidungen verbunden. Das Hochamt der Demokratie ist stets der Wahlakt, für den französischen Historiker und Philosophen Pierre Rosanvallon das „Sakrament der Gleichheit“ und das „Sakrament der Freiheit“; der Tag, an dem jeder gleich viel wert ist, an dem der Vorstandsdirektor nicht mehr wiegt als die kleine Arbeiterin.

Aber die Mehrheitsentscheidung ist nur ein wichtiges Element der Demokratie. Die Freiheitsrechte des:der Einzelnen und der Minderheitenschutz sowie alle Grundrechte gehören genauso dazu wie strikte Rechtsstaatlichkeit.

Die individuellen Freiheitsrechte und die Mehrheitsentscheidung durch freie Wahlen haben sich historisch gemeinsam entwickelt, sind aber nicht nur zufällig miteinander verbunden. Eine Demokratie, in der 51 Prozent der Bevölkerung demokratisch entscheiden, 49 Prozent brutal zu unterdrücken, wäre keine mehr. Wenn die Mehrheit die Freiheitsrechte der Minderheit einschränkt, würde das faktisch auch die Möglichkeiten ausschließen, dass die Minderheit die anderen überzeugt und selbst zur Mehrheit wird.

Für Hans Kelsen (1881–1973), den Vater der österreichischen demokratischen Verfassung, stehen der für alle bindende Mehrheitsbeschluss und die Freiheitsrechte des:der Einzelnen in einem unauflösbaren Spannungsverhältnis.

„Demütig“, „beeindruckt“: Mit diesen Worten beschreibt Roland Baumann seine ersten Schritte in den Plenarsaal des Nationalrats. Seit diesem Herbst ist Baumann, 32 Jahre alt, gelernter Schlosser, für die SPÖ Abgeordneter im Parlament am Ring in Wien und somit gewissermaßen im Tempel der Demokratie angekommen. Seit 2017 ist er Arbeiter:innenbetriebsrat bei der voestalpine in Linz. Schon in seiner Zeit als Lehrling war er Jugendvertrauensrat und engagierte sich in der Jugendorganisation der Produktionsgewerkschaft (PRO-GE). Dazu motiviert hat ihn das Bewusstsein, dass man sich nicht alles gefallen lassen darf, gelernt hat er dabei die Kunst des Kompromisses, und bestärkt hat ihn immer die Erfahrung, dass man ganz konkrete Erfolge erzielen kann, und seien sie noch so klein. „Ein Vorteil, den man im betrieblichen Engagement hat, ist, dass es einmal im Jahr Kollektivvertragsverhandlungen gibt, bei denen man ganz konkrete Verbesserungen hinbekommen kann“, sagt Baumann. Jeder Schritt ins Engagement sei für ihn eine kleine Lehrstunde im Geist der Demokratie. „Was wir als Betriebs-

„Ich habe nur gefragt, warum wir etwas so und nicht anders machen, aber das galt schnell als Majestätsbeleidigung“, sagt der Arbeiter:innenbetriebsrat der voestalpine, Franz Jantscher.



rat machen, fällt auch positiv auf die Firma zurück“, sagt er. Die Kollegialität im Betrieb sei für ihn auch ein Gegengewicht zur Polarisierung, „denn im Betrieb muss man miteinander auskommen, man muss sich aufeinander verlassen“.

Demokratie zwingt zum Kompromiss, zur Langsamkeit und ist erst dann vital, wenn möglichst viele Menschen in ihr „Selbstwirksamkeit“ erleben, also die Möglichkeit, sich Gehör zu verschaffen. Früher war auch von „Wirtschaftsdemokratie“ die Rede, was etwa die Mitbestimmung im Betrieb betrifft. Gewerkschaften und Betriebsräte sind eine wichtige Brutstätte der Demokratie – und damit auch ein Bollwerk gegen das Überhandnehmen antidemokratischer Weltbilder.

Makro- und Mikrodemokratie

Auch Franz Jantscher lebt sich gerade in seine neue Aufgabe als SPÖ-Nationalratsabgeordneter ein. Der 55-Jährige aus Leoben ist seit über zwanzig Jahren Arbeiter:innenbetriebsrat der voestalpine in Donawitz, Vorsitzender des Konzernbetriebsrats, Bezirkschef der PRO-GE und des ÖGB, und wie bei Baumann, war schon sein Engagement in Jugendzeiten demokratischen Motiven geschuldet. „Das hat sich so ergeben“, sagt er, als wäre er in all das hineingestolpert. Als er Betriebselektriker und Maschinenschlosser lernte, konnte Jantscher nicht umhin, „zurückzuprotzen“, wie er es auf gut Steirisch nennt. „Ich habe ja nichts anders gemacht, als zu fragen, warum wir etwas so und nicht anders machen, aber das galt schnell als Majestätsbeleidigung“, meint er.

Genau das machte die älteren Betriebsratsmitglieder auf ihn aufmerksam. „Ich habe schon gedacht, man muss sich nicht alles gefallen lassen.“ Betriebsräte seien für ihn so etwas wie Instrumente der Demokratie, auch im Alltag, im Kleinen. „Die Arbeiter:innen empfinden sich als die Verlierer:innen, auch wenn man gar nicht so leicht sagen kann, warum.“ Es sei eine allgemeine Stimmung, in

die die Inflation genauso hineinspiele wie die Unzufriedenheit mit dem Schauspiel der großen Politik, kulturelle Phänomene sowie das Gefühl, dass sich andere ein leichtes Leben machen. „Wir können so nicht weitermachen“, habe Jantscher sich gedacht und deshalb den Schritt auf die große Bühne der Politik im Nationalrat gewagt. In aufgesplitteten politischen Parteiensystemen brauchen Entscheidungen oft ermüdend lange, Parteien blockieren sich gegenseitig, und viele Menschen haben das Gefühl, dass das gesamte System deshalb nicht mehr richtig funktioniere.

Veith Selk, Forscher für politische Theorie und Politikwissenschaft an der TU Darmstadt, geht in seiner Krisendiagnose einen Schritt weiter als viele andere sorgenvolle Kommentator:innen: „Demokratiedämmerung“ heißt sein jüngstes Buch, Deutschlands führende Wochenzeitung „Die Zeit“ nannte es eine „brutale Niedergangsdiagnose“. Selk meint darin, dass „die Fortentwicklung moderner Gesellschaften und ihrer politischen Verhältnisse einen Niedergang der Demokratie“ mit sich bringe – eine spektakuläre und erschütternde These. Selks Gedankengang orientiert sich an folgenden Eckpunkten: Pluralisierung und Individualisierung der Gesellschaft würden traditionelle Parteibindungen untergraben, das führe zu einer Zersplitterung der politischen Landschaft und einem Hauen und Stechen der Politiker:innen. Sachliche Politik werde von berufsmäßigen Expert:innen betrieben, eine „Nähe“ zu den Vertretenen sei nicht hinzubekommen. Politik werde immer komplexer, komplizierter und undurchschaubarer. Die Frustrationen machten Populist:innen und autoritäre Antidemokrat:innen stark.

Zuversicht und klare Positionen

Viele Forscher:innen unterstreichen deshalb die Tatsache, dass die Basisvertretungen der ganz normalen Bevölkerung, in denen Demokratie im Kleinen spürbar wird, viel zur Demokratiekultur beitragen – also Leute wie die Betriebsratsmitglieder Franz Jantscher

Der Zusammenhalt in der Arbeit wirke der polarisierten Gesellschaft entgegen, sagt Betriebsrat Roland Baumann. „Im Betrieb muss man sich aufeinander verlassen.“



oder Roland Baumann. „Dieses Gefühl und das reale Erleben, mitbestimmen zu können, sind zentral“, sagt Bettina Kohlrausch, Forschungsdirektorin der deutschen Hans-Böckler-Stiftung.

Wenn man im Betrieb das Gefühl hat, die Klappe halten zu müssen, oder spürt, dass das Einkommen nicht angemessen ist, wenn es an „Selbstwirksamkeit und sozialer Anerkennung“ mangelt, dann verstärke das die Anfälligkeit für autoritäre Gesinnungen. Kohlrausch ist in einer Hinsicht klipp und klar: Gewerkschafter:innen müssten gegenüber der extremen Rechten klare Kante zeigen. „Es ist absolut zentral, sich zu positionieren“, meint sie, nicht zuletzt, weil extremistische Rechtsparteien immer auch sofort die Gewerkschaften angreifen, wenn sie Macht erlangen. „Andernfalls würden sich Gewerkschaften selbst gefährden.“

Ein Abwehrkampf zur Verteidigung der Demokratie sei notwendig – und zwar nicht erst, wenn autoritäre Rechte und rechts-extreme Parteien in Regierungen einziehen oder sogar Präsidenschafts- und Kanzlerämter erobern.

In Deutschland machen sich führende Jurist:innen seit Jahren Gedanken darüber, wie man Verfassung, Gerichte und Höchstgerichte dagegen absichern kann, von autoritären Politiker:innen instrumentalisiert zu werden. Der deutsche Jurist Maximilian Steinbeis hat ein ganzes Buch mit dem Titel „Die verwundbare Demokratie“ geschrieben und warnt etwa, dass das deutsche Bundesverfassungsgericht „zu schwach abgesichert“ sei. Das Paradoxon

Betriebsräte, die überbetrieblich für Parteien oder Fraktionen werben

Quelle: IFES (2022)

29 Prozent

der Demokratie ist schließlich auch, dass sie ihren Gegner:innen demokratische Rechte zusichert und zumindest die potenzielle Gefahr in sich birgt, sich selbst abzuschaffen.

Teilhabe als Schutzmechanismus

Andre Schmidt, Soziologe an der Universität Leipzig, erhebt mit Kolleg:innen regelmäßig den „Industrial Citizen Index“ und misst, wie viel Teilhabe Beschäftigte im Betrieb erleben. Dabei werden den Beschäftigten vier Fragen vorgelegt, etwa was ihren Einfluss im Betrieb betrifft, ob sie im Arbeitsleben und -prozess so etwas wie Autonomie erleben oder nur Befehlsempfänger:innen sind. Es wird abgefragt, „ob die Menschen Handlungsmacht verspüren“, formuliert es Schmidt. „Wer mehr Selbstwirksamkeit empfindet, ist weniger autoritär, weniger ausländergeföndlich, weniger rassistisch und beispielsweise auch weniger sexistisch.“ Signifikant sei, dass gerade in den ostdeutschen Ländern in jüngster Zeit ein jäher Absturz nachzuweisen ist. Schmidt führt das auch auf die verdüsterten wirtschaftlichen Aussichten zurück, denn in der Krise „erhöht sich der Druck“. Wer von Perspektivlosigkeit befallen sei, erwarte sich von einer Stimmabgabe für die Rechtsextremen nicht einmal eine Verbesserung, sagt Schmidt. „Man ist nur noch voller Wut, will alles brennen sehen und ist von destruktiven Impulsen geleitet.“

Die Krisen der Demokratie entspringen oft ihren Selbstwidersprüchen und den Spannungen zwischen demokratischem Ideal und den nüchternen Realitäten holpernden Regierens. Die Demokratie hat verschiedene Seiten und sozusagen zwei Gesichter: eine kalte, leidenschaftslose Seite, den Pragmatismus in den Institutionen, die Tausenden Regeln, die Verlangsamungsmaschinen von Rechtsstaat und Verwaltung, das Sichdurchwursteln und die Veränderung in kleinen Schritten; und sie hat eine hitzige, leidenschaftliche, fast schon pathetische Seite, dieses „Das Volk soll entscheiden“, sie birgt einen regelrechten Mythos in sich, der in Formulierungen wie Willy Brandts legendärem Versprechen, „mehr Demokratie zu wagen“, regelmäßig neu belebt wird. Das Ideal der Demokratie seien „selbstständige und gleichberechtigte Bürger:innen“, formulierte einst der schwedische Ministerpräsident Olof Palme. ▀

Was bedeutet Demokratie?

Ich für mich denke da an Teilhabe, Freiheit, Schutz, Menschenrechte, Sicherheit. Doch schon bei der Teilhabe stellt sich die erste Grundsatzfrage: Für wen gilt sie eigentlich? Schützt uns die Demokratie, indem sie uns allen die gleichen Rechte nicht nur zuspricht, sondern auch tatsächlich garantiert? Allen, die hier in Österreich, Europa, auf EU-Boden leben?

Für mich als Nicht-Staatsbürger in Österreich existiert diese Teilhabe im Sinne des aktiven und passiven Wahlrechts nicht. Genau das Gleiche trifft auf fast ein Fünftel der in Österreich leben-

den Bevölkerung zu, die ebenfalls von Wahlen ausgeschlossen sind. Wenn ich an Geflüchtete an den EU-Außengrenzen denke, ist mir klar: Während die einen Rechtssicherheit genießen, bewegen sich die anderen in einem rechtsfreien Raum, zwischen illegalen Pushbacks und Polizeigewalt. Keine Teilhabe, sondern brutale Ausgrenzung. Demokratie darf kein VIP-Club sein, zu dem man per Geburtslotterie automatisch gehört.

Demokratie gehört erkämpft, jeden Tag – jetzt erst recht. Und sie bedeutet für mich deshalb auch, gegen Ausgrenzung und für Teilhabe zu kämpfen – für alle.



PETAR ROSANDIĆ

GRÜNDER DER NGO „SOS BALKANROUTE“

Gutes aufzuzeigen macht stärker

Zusammenhalt der konstruktiven Kräfte: Die EU-Politikerin Evelyn Regner bricht im Interview mit Arbeit&Wirtschaft eine Lanze für die paneuropäische Kooperation und eine starke Europäische Union.

INTERVIEW RICHARD SOLDER

Of kommt in Gesprächen heutzutage die Sorge darüber auf, wohin sich das Erfolgsmodell Demokratie entwickelt. Eine Gruppe von Milliardär:innen regiert in den USA nun mit, und auch in Europa steigt durch den Rechtspopulismus der Einfluss wohlhabender Oligarch:innen auf die Politik. Europa zu stärken heißt deshalb auch, genauer hinzuschauen auf Konzernlobbys und die Finanzierung antidemokratischer Allianzen, betont die sozialdemokratische EU-Abgeordnete und erfahrene Europapolitikerin Evelyn Regner.

Arbeit&Wirtschaft: Frau Regner, wie stark ist die Lobbymacht der Konzerne in der Europäischen Union?

Evelyn Regner: Die ist gerade in Brüssel sehr präsent. Ein Grund dafür ist, dass die europäischen Institutionen etwas im Abseits stehen, was die mediale Wahrnehmung angeht. Natürlich gibt es viele Fernsehstationen hier, der ORF hat Korrespondent:innen in Brüssel und so weiter. Aber zu den wirklich relevanten Themen, die unser aller Leben beeinflussen, findet man in der breiten meinungsbildenden Medienöffentlichkeit viel zu wenig, etwa zu Fragen wie: Schaffen wir mehr Regeln für die Kon-

zerne? Kriegen wir eine Kapitalmarktunion oder nicht? So etwas kommt bei den Menschen nicht an – sondern nur Mythen wie: „Die EU will uns wieder etwas aufs Aug’ drücken.“

Und das nutzen Lobbys aus?

Ja, der Druck der Lobbys kann durch fehlende Medienkontrolle besonders stark wirken. Und in der Debatte fehlen dann oft die Gegenargumente auf die Forderungen, die durch Lobbys ins Spiel gebracht werden. Denn bei deren Arbeit geht es vielmehr um Argumente und Meinungsbeeinflussung als um handfeste Korruption, wie man sie sich dann immer vorstellt – also

dass Abgeordnete durch Essenseinladungen o. Ä. „gekauft“ werden. Vielmehr werden systematisch Bilder kreiert und Stimmungen erzeugt.

Sind EU-Themen zu sperrig, zu wenig erzählbare Geschichten?

Es gibt fantastische Geschichten – ich könnte viele erzählen. Ich erinnere mich zum Beispiel, wie wir in der Finanzkrise ab 2008 Nächte hindurch die Bankenregulierung verhandelt haben. Das Problem ist, dass wir als Politiker:innen manchmal jahrelang dranbleiben müssen, bis etwas umgesetzt wird. Und wie kannst du Journalist:innen so lange bei der Stange halten?

In welchen Branchen üben Lobbys den meisten Druck aus?

Die Pharmabranche kann man hier sicher als Beispiel nennen. Je mehr Mittel Konzerne oder Verbände zur Verfügung haben, desto präsenter sind sie – siehe die heutigen Wahlkämpfe, etwa in den USA: Mit einem höheren Wahlkampfbudget für Werbung, nicht zuletzt auf Social Media, kann man die Stimmung rund um ein Thema verändern. Konzernlobbys arbeiten seit Jahren daran, ein ihnen entsprechendes Umfeld zu kreieren.

„Es gilt, die Abkühlungsphasen beim Jobwechsel aus der Politik in die Privatwirtschaft besser auszugestalten.“

Evelyn Regner,
EU-Abgeordnete



Evelyn Regner, geboren 1966, ist EU-Abgeordnete der SPÖ und Vorsitzende der Delegation für die Beziehungen mit den Ländern des MERCOSUR. Von 2022 bis 2024 war sie Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments.

„Wir müssen das, wofür wir stehen, die konstruktiven Kräfte eines solidarischen Europas, stärker betonen.“

Evelyn Regner, EU-Abgeordnete

Wie zeigt sich das?

Etwa die Botschaft „EU heißt Bürokratie“: Das ist ein riesengroßer Blödsinn. Vielmehr reduziert die EU Bürokratie dadurch, dass vieles gemeinsam und nicht in 27 Ländern separat geregelt wird. Und: Lobbyismus gibt es in Österreich auch, da ist die Beeinflussung noch undurchsichtiger. Auf EU-Ebene bestehen mehr Transparenzregeln als auf nationalstaatlicher – und die werden auch umgesetzt und kontrolliert.

Der Europäische Rechnungshof kritisierte 2024 das EU-Transparenzregister. Lobbyist:innen würden die Vorgaben der EU umgehen können.

Sicher könnte man da mehr machen. Die Kritik des Rechnungshofes spiegelt eine sozialdemokratische Forderung wider, die wir seit Jahren stellen. Da geht es um Punkte wie Einladungen, etwa von Universitäten – ich nehme die Möglichkeit für wertvollen Austausch gerne wahr, aber zahle die Reise selbst, anstatt sie auf Rechnung der Universität zu machen. Auch die Abkühlungsphasen beim Jobwechsel aus der Politik in die Privatwirtschaft gilt es besser auszugestalten. Aktuell liegt die Zeit, die zwischen so einem Wechsel liegen muss, bei sechs Monaten, das ist zu wenig. Natürlich muss man da auch realistisch sein. Wir wollen Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft in politischer Gestaltungsverantwortung, die Expertise aus einem Bereich mitbringen – und die benötigen dann später eine Perspektive.

Wie kann man auf EU-Ebene auf antidemokratische Tendenzen, auf den Rechtsruck in verschiedenen Staaten, reagieren?

Es gibt nicht die eine Lösung. Einer meiner Ansätze: „Follow the money!“ Wer finanziert diese antidemokratischen Strömungen? Und auch die schon erwähnten Lobbyorganisationen und Thinktanks: Hinterfragen wir stärker Allianzen und ihre Motive! Im Rahmen der Weltklimakonferenz 2024 kooperierte der Vatikan mit Russland und Saudi-Arabien. Was haben sie gemeinsam? Die wollen die Frauen klein machen!

Und Finanzierungsquellen gilt es regulatorisch besser einzuschränken – sonst werden unsere Demokratien käuflich. Dazu müssen wir das, wofür wir stehen, stärker betonen. Denn Angst lähmt, Optimismus zu hegen und das Gute aufzuzeigen macht stärker. Gewerkschaften machen glücklich, Kooperation macht glücklich. Einzelkämpfer:innen hängt bald die Zunge heraus, auch auf europäischer Ebene. Und wir sollten – jetzt erst recht – an unseren sozialpolitischen Ideen dranbleiben und darüber reden, wie davon alle profitieren.

Wovon zum Beispiel?

Unlängst hatten wir im Wirtschafts- und Währungsausschuss tolle Steuerrechtler:innen eingeladen. Im Austausch wurde klar, wie wir verdammt viel machen können, damit es Frauen besser geht, und dadurch der gesamten Gesellschaft – Stichwort Ver-

mögenssteuer. Die sozial Benachteiligten können von progressiven Steuersystemen profitieren.

Gehört zum Kampf für die Demokratie auch die Tech-Regulierung der EU, also Gesetzesinitiativen zu Internet- und Datenregulierung (Digital Services Act und Digital Markets Act) oder auch der AI Act zu künstlicher Intelligenz?

Natürlich, das ist wieder ein Beispiel dafür, dass wir gemeinsam stark sind! Konzernen kannst du als Österreich allein nicht viel entgegensetzen, als EU aber schon. Und das machen wir und haben wir auch in den Bereichen Konsument:innenschutz und Arbeitnehmer:innenrechte getan. Wir müssen als kleines Land immer mehr geopolitisch denken. Es sind in der Welt neue Blöcke entstanden, die miteinander konkurrieren. Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine haben wir den Krieg vor der Haustür und durch gezielte Desinformationskampagnen auch in unseren sozialen Medien. Wir wissen nicht mehr, ob wir uns auf die USA als transatlantischen Partner verlassen können. Europa muss zusammenhalten.

Mark Zuckerbergs Meta ging in Sachen Faktenchecks auf Konfrontationskurs mit der EU. In der neuen US-Regierung befinden sich gleich mehrere Oligarch:innen, die wohl vor allem eigene Interessen durchsetzen wollen. Wie reagiert die EU darauf?



Evelyn Regner stammt aus Wien und studierte Rechtswissenschaften. Seit Mitte der 1990er-Jahre war sie in Wien und Brüssel beim ÖGB tätig, 2009 wurde sie zur Abgeordneten des EU-Parlaments gewählt.

Die schockierende Ankündigung, Faktenchecks bei allen Meta-Plattformen auszusetzen, lässt sich in der EU nicht so leicht umsetzen wie in den USA. In der EU gilt die Regelung für digitale Dienstleistungen, der Digital Services Act (DSA) – eine Errungenschaft, welche die großen Plattformen dazu verpflichtet, Informationen zu prüfen und Falschinformationen zu löschen. Die EU muss hier stark bleiben, den DSA konsequent umsetzen und Elon Musk, Zuckerberg und Co zur Kasse bitten, wenn sie gegen diese Regeln verstoßen. Allgemein gilt es, als Europa stärker zu werden und enger zusammenzustehen. Wenn US-Präsident Donald Trump um jeden Preis US-Interessen durchsetzen will und Protektionismus ausruft, müssen wir die EU stärken – als Wirtschaftsmacht und als Werteunion.

Wie schätzen Sie die neue EU-Kommission ein? Diese setzt ja auf der einen Seite wohl u. a. auf Deregulierung, mit der spanischen Sozialistin und EU-Wettbewerbskommissarin Teresa Ribera gibt es aber eine zentrale Figur, die für einen anderen Ansatz steht.

Die Kommission ist nicht das Problem. Sie wird relativ vernünftige Dinge vorlegen bzw. vorlegen wollen. Wir müssen aufpassen, dass die zwei gleichberechtigten Gesetzgeber, der Rat der EU – das Gremium der Mitgliedsstaaten – und das Europäische Parlament, die Entwicklung nicht

arbeitnehmer:innenfeindlich beeinflussen. Denn entscheidend ist das Umfeld – und da ist die Frage, was man befürchten muss in einem Europa mit Staatschefs wie Viktor Orbán in Ungarn, Georgia Meloni in Italien oder Robert Fico in der Slowakei.

„Wir wissen nicht mehr, ob wir uns auf die USA als transatlantischen Partner verlassen können. Europa muss zusammenhalten.“

Evelyn Regner,
EU-Abgeordnete

Stichwort verändertes Europa: Als im Jahr 2000 eine ÖVP-FPÖ-Regierung angelobt wurde, ging ein Aufschrei durch Europa. Hat eine blau-schwarze Regierung 2025 noch diplomatische oder wirtschaftliche Folgen für Österreich?

Seit damals hat sich viel getan in Europa, und leider sind auch Regierungen mit rechtsextremen Parteien salonfähig geworden. Das ist insbesondere den europäischen Volksparteien, wie in Österreich der ÖVP, zu verdanken, die gerne als Steigbügelhalter für die Rechten

fungieren. Italien, die Niederlande und Ungarn haben derzeit rechte Regierungen. Solange eine blau-schwarze Regierung sich an die Regeln hält, drohen zwar keine Sanktionen, doch die Skepsis in Europa ist groß. Hier wird viel Vertrauen eingebüßt, insbesondere wenn Kickl als zweiter Orbán im Rat Veto-Machtspiele spielt und Beschlüsse verzögert. Dieses Vertrauen werden wir mühsam wieder aufbauen müssen. Von den massiven Folgen eines möglichen Versuchs, das Friedensprojekt EU von innen zu zerstören, rede ich hier noch gar nicht. Destabilisierung nutzt am Ende nicht der Bevölkerung, die weniger Spielraum hat, sondern den Autokrat:innen von Putin bis Trump, die die EU und die Länder Europas schwächen wollen.

Wir haben schon über Erfolge der EU gesprochen – Konsument:innenschutz, Tech-Regulierung etc.: Wo zeigen sich noch Errungenschaften des geeinten demokratischen Europas?

Gerade in den vergangenen Jahren haben wir aus frauenpolitischer Sicht Meilensteine gesetzt, auch zur Work-Life-Balance, mit Paketen zu Kinderrechten, zu Care-Arbeit oder in Sachen Lohntransparenz. Wenn das gut von den Mitgliedsstaaten umgesetzt wird, wirken viele Gesetze und Regelungen Hand in Hand. Das ist wie ein Netz, das immer dichter gewoben wird. ▮

Arbeitsrechte unter Beschuss

Während Demokratien weltweit unter Druck geraten, werden auch Gewerkschaften ins Visier genommen. Ein Blick auf drei Länder zeigt: Der Angriff auf Arbeitnehmer:innenrechte ist global, doch Widerstand bleibt möglich.

TEXT MILENA ÖSTERREICHER

Es sind Hunderttausende, die Ende April 2024 auf die Straßen der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires strömen. „Stiehlt nicht die Zukunft der nächsten Generationen“ und „Bildung ist keine Ausgabe, sondern eine Investition“, so die Botschaften auf einigen der bunten Transparente, die Menschen in die Höhe halten. Ein knappes halbes Jahr, nachdem Javier

Milei das Präsidentenamt übernommen hat, wird wieder einmal in Massen protestiert – dieses Mal wegen der Bildungspolitik: Die Regierung hält das Budget der öffentlichen Universitäten auf dem Stand des Vorjahres. Angesichts einer Inflation von 280 Prozent – Argentinien kämpft seit Jahren mit extremen Teuerungswellen – entspricht dies einer realen Reduktion von rund 70 Prozent.

Die Maßnahme reiht sich in die radikale Sparpolitik eines Präsidenten ein, der im Wahlkampf mit der Motorsäge tourte. Seither wurde bei öffentlichen Ausgaben gekürzt, aber auch am Arbeitnehmer:innenschutz und an demokratischen Grundrechten wie der Versammlungsfreiheit gesägt.

Die Zahl autoritärer Staaten wächst. Laut dem Transformationsindex der Bertels-



mann Stiftung gab es im Vorjahr unter 137 untersuchten Entwicklungs- und Schwellenländern nur noch 63 Demokratien, während 73 Länder als Autokratien eingestuft wurden. Die Studie stellt fest: „Zu keinem Zeitpunkt in den vergangenen zwanzig Jahren wurden so wenige Staaten demokratisch regiert wie heute.“ Eine der wichtigsten – und oft letzten – Verteidigungslinien gegen den Autoritarismus sei die Widerstandskraft der demokratischen Zivilgesellschaft, betonen die Studienautor:innen.

Wenn Demokratien schwächeln, hat das nicht nur Auswirkungen auf politische Freiheiten und bürgerliche Rechte – auch die Arbeitswelt gerät ins Visier. Gewerkschaften, traditionell eine Bastion der Arbeitnehmer:innenrechte, stehen in Ländern mit autoritären Regierungen vor großen Herausforderungen. Arbeit&Wirtschaft wirft daher einen Blick auf drei Staaten – Ungarn, Argentinien und die USA –, in denen die Politik Gewerkschaften und Arbeitnehmer:innen bereits unter Druck setzt. Die Länder zeigen aber auch, dass Widerstand wichtig und möglich ist.

Ungarn: geschwächte Gewerkschaft

Ungarn steht exemplarisch für die strategische Schwächung von Gewerkschaften. Seit 2010 ist Ministerpräsident Viktor Orbán mit seiner Fidesz-Partei nahezu ununterbrochen an der Macht. Eine Zweidrittelmehrheit im Parlament ermöglichte Orbán tiefgreifende Reformen in nahezu allen Bereichen – auch in der Arbeitswelt.

„Für Orbáns Regierung sind Gewerkschaftsrechte und Arbeitnehmer:innenschutz lediglich Kostenfaktoren, die reduziert werden müssen“, sagt Bence Havas, internationaler Sekretär des Gewerkschaftsbundes Magyar Szakszervezeti Szövetség (MASZSZ), der mit rund 100.000 Mitgliedern einer der größten Gewerkschaftsbünde in Ungarn ist. Orbáns Politik verfolge vor allem ein Ziel: Ungarn für ausländische Investor:innen attraktiv zu machen.

Die Strategie? Niedrige Löhne, minimale Schutzstandards und eine der niedrigsten Unternehmenssteuern in der EU.

Ein großer Schritt in diese Richtung war die Arbeitsrechtsreform von 2012, mit der eines der flexibelsten Arbeitszeitmodelle Europas installiert wurde. Das Streikrecht wurde stark eingeschränkt, sodass es de facto kaum noch möglich ist, Streiks durchzuführen. Ein extremes Beispiel ereignete sich 2019: Gewerkschaften im sozialen Sektor hatten einen eintägigen Streik geplant, doch Einsprüche der Arbeitgeber:innen führten zu einem 486 Tage dauernden Genehmigungsverfahren. Als es abgeschlossen war, war der geplante Streik längst hinfällig. „So wird das schärfste Instrument der Arbeitnehmer:innenvertretung bewusst geschwächt“, betont Havas.

Ein weiterer Schlag war das sogenannte „Sklavengesetz“ von 2018, das die Flexibilität der Arbeitszeit noch weiter ausdehnte und es Arbeitgeber:innen erlaubt, Überstunden individuell auszuhandeln. Die jährliche Überstundenobergrenze stieg von 250 auf 400 Stunden, und Unternehmen dürfen sich bis zu drei Jahre Zeit lassen, sie zu vergüten. Pflichtschulungen zum Arbeitnehmer:innenschutz wurden abgeschafft. Es reicht nun, wenn Arbeitgeber:innen die Liste der Schutzvorschriften per E-Mail durchschicken.

Die Regierung schränkte zudem den sozialen Dialog zwischen Staat, Gewerk-

schaften und Arbeitgeber:innen stark ein. Entscheidungen wie die Festlegung des Mindestlohns trifft heute allein die Regierung. „Wir werden bestenfalls über Pläne informiert, aber unsere Meinung wird kaum berücksichtigt“, kritisiert Havas.

Zumindest im privaten Sektor und auf lokaler Ebene gelinge es den Gewerkschaften aber noch, Kollektivverträge auszuhandeln, so Havas. Mit westeuropäischen Konzernen, vor allem deutschen Unternehmen, funktioniere die Zusammenarbeit meist gut. Doch die Krise der deutschen Automobilindustrie könnte auch das ändern.

Die jüngste Maßnahme der Regierung, die 2024 in Kraft trat, verschärfte die Lage weiter: Gewerkschaftsbeiträge im öffentlichen Sektor werden nicht mehr automatisch von dem:der Arbeitgeber:in abgezogen, sondern müssen direkt von den Arbeitnehmer:innen überwiesen werden. „Gewerkschaften verlieren dadurch Mitglieder“, warnt Havas.

Trotzdem gibt sich der Gewerkschafter kämpferisch: „Wir müssen die Menschen mobilisieren und sie davon überzeugen, dass die Gewerkschaft das einzige Mittel ist, um ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern.“ Die Frustration sei hoch, man müsse sie nun in gewerkschaftliches Engagement umwandeln.

Argentinien: unsozialer Sparkurs

Während in Ungarn der schleichende Abbau von Arbeitsrechten dominiert, zeigt sich in Argentinien eine weitere Facette autoritärer Politik: ein radikaler Sparkurs, der tiefgreifende Einschnitte für die Bevölkerung bedeutet.

Seit seinem Amtsantritt im November 2023 verfolgt Präsident Javier Milei einen rigorosen Umbau des Staates. Ministerien wurden zusammengelegt, Subventionen für Energie und Lebensmittel gekürzt, Zahlungen an die Provinzen eingefroren, und Zehntausende öffentlich Bedienstete verloren ihre Jobs. Proteste werden mittlerweile



BENCE HAVAS

ist internationaler Sekretär des ungarischen Gewerkschaftsbundes Magyar Szakszervezeti Szövetség, kurz: MASZSZ.



Im April 2024 demonstrierten Hunderttausende in Buenos Aires gegen die Budgetkürzungen im Bildungsbereich unter dem rechtspopulistischen Präsidenten Javier Milei.

kriminalisiert, Sicherheitskräfte unterdrücken gewerkschaftliche Aktionen, und Gesetze zum Arbeitnehmer:innenschutz wurden per Dekret außer Kraft gesetzt.

Aus Sicht der Regierung zeigen die radikalen Einsparungen erste Erfolge: Argentinien erzielte 2024 erstmals seit 2010 einen Haushaltsüberschuss. Die Inflationsrate wurde fast halbiert, ist jedoch mit 118 Prozent immer noch eine der höchsten weltweit. Doch die sozialen Kollateralschäden sind enorm.

Laut offiziellen Angaben des nationalen Statistikamts INDEC wurden zwischen November 2023 und Oktober 2024 über 65.000 Beschäftigte entlassen. „Diese Zahl dürfte aber stark untertrieben sein“, sagt Marta Scarpato vom argentinischen Gewerkschaftsbund Central de Trabajadores de la Argentina (CTA). Die Arbeitslosigkeit ist auf acht Prozent gestiegen, während etwa die Hälfte der Erwerbstätigen im informellen Sektor ohne soziale Absicherung arbeitet. Im kommenden Jahr wird ein weiterer Anstieg erwartet.

Hinzu kommt ein dramatischer Reallohnverlust: Allein von Oktober bis November 2024 sanken die Löhne um 15 Prozent. „Die Menschen können sich kaum

noch Fleisch leisten, was in Argentinien symbolisch enorm viel bedeutet“, berichtet Marcus Strohmeier, internationaler Sekretär des ÖGB, der im Dezember die Gewerkschaften in Argentinien besuchte. Viele Menschen hätten zwei oder drei Jobs, um sich das Leben noch leisten zu können.

Die Einschnitte im öffentlichen Budget treffen auch Bereiche, die tief mit der Geschichte des Landes verbunden sind. So wurden Gedenkstätten wie der ESMA in Buenos Aires, einst das größte Folterzentrum der Militärdiktatur (1976–1983), die finanziellen Mittel gestrichen. „Da geht es



MARTA SCARPATO

ist internationale Sekretärin beim argentinischen Gewerkschaftsbund Central de Trabajadores de la Argentina (CTA).

nicht nur um Wirtschaftsliberalismus, sondern auch um Geschichtsrevisionismus“, warnt Strohmeier.

Auch Gewerkschafterin Scarpato zeigt sich besorgt: „Milei propagierte bereits im Wahlkampf eine Rückkehr zum angeblichen goldenen Zeitalter Argentiniens Anfang des 20. Jahrhunderts.“ Diese Zeit sei jedoch von massiver sozialer Ungleichheit, Entrechtung der Bevölkerung und gewaltsamer Unterdrückung geprägt gewesen. Gewerkschaften waren damals illegal.

Dennoch gebe es Hoffnungsschimmer. Die Gewerkschaften und Organisationen der Zivilgesellschaft mobilisierten Tausende Menschen, um gegen die Sparpolitik Mileis zu protestieren. Einige Vorhaben wurden daraufhin abgeschwächt. Auch die Parlamentswahlen im Oktober 2025 könnten Mileis Macht beschränken. Wenn sein Bündnis in keiner der Kammern eine Mehrheit schafft, verlieren die Präsidialdekrete ihre Gültigkeit.

USA:

Rückschritt und Aufwind

Auch in den USA spiegelt sich der autoritäre Trend wider – verbunden mit einem gezielten Angriff auf Gewerkschaften. Bereits

„Wir müssen die Menschen mobilisieren und sie davon überzeugen, dass die Gewerkschaft das einzige Mittel ist, um Arbeitsbedingungen zu verbessern.“

Bence Havas, Gewerkschaftssekretär

während seiner ersten Amtszeit schwächte Donald Trump das National Labor Relations Board (NLRB), das für die Durchsetzung von Arbeitsrechten zuständig ist. „Unter Trump wurden führende Personen in das NLRB berufen, die den Gewerkschaften feindlich gegenüberstanden“, erklärt Monica Owens. Owens ist Teil der American Association of University Professors (AAUP), spricht hier aber in eigenem Namen. Die erste Regierung Trumps habe das Budget der NLRB massiv gekürzt, wodurch deren Fähigkeit, Arbeitsrechtsverletzungen zu untersuchen und Konflikte zu lösen, erheblich geschwächt worden sei.

Doch die Angriffe auf Arbeitnehmer:innenrechte gingen weit darüber hinaus. Dazu zählte laut Owens auch die Ernennung von drei Richtern zum Obersten Gerichtshof, die arbeitnehmer:innenfeindliche Positionen vertreten würden. Dies wirke sich langfristig auf die Interpretation von Arbeitsgesetzen und die Rechte von Gewerkschaften aus. Es wurden Gesetze zur Regulierung der Arbeitnehmer:innenklassifizierung gelockert, was dazu führt, dass viele Beschäftigte als selbstständige Auftragnehmer:innen eingestuft werden und somit grundlegende Arbeitnehmer:innenrechte wie Mindestlohn und Überstundenvergütung verlieren. Sicherheitsinspektionen wurden abgebaut und Arbeitsschutzbestimmungen geschwächt. Tausende undokumentierte Migrant:innen wurden verhaftet und abgeschoben.

Doch der Gegenwind ließ nicht lange auf sich warten: „Trotz der schwierigen Be-

dingungen nahmen Arbeitsniederlegungen und Streiks während Trumps erster Amtszeit zu“, berichtet Owens. Lehrer:innenstreiks in Bundesstaaten wie West Virginia, Oklahoma oder Arizona erregten landesweit Aufmerksamkeit und führten letztlich zu Gehaltserhöhungen sowie zu mehr Investitionen ins Bildungswesen. Laut einer Gallup-Umfrage von 2024 genießt die Gewerkschaftsbewegung mit 70 Prozent Zustimmung so viel Unterstützung wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Doch die Zustimmung muss sich auch hier noch in reales Engagement umwandeln. Insgesamt sind nur etwa zehn Prozent der Arbeitnehmer:innen in den USA Mitglieder einer Gewerkschaft.

Nun ist Donald Trump erneut Präsident der Vereinigten Staaten. Seine zweite Amtszeit läutete er unter anderem damit ein, missliebige Beamte:innen zu entlassen. Meta-Chef Mark Zuckerberg schlägt in eine ähn-

liche Kerbe und kündigte an, 3.600 „Low Performer“ zu kündigen und durch „bessere“ Arbeitskräfte zu ersetzen. Was viele Menschen in den USA nun erwartet, lässt sich aus der ersten Amtsperiode dunkel erahnen.

Ausweg Engagement

Die Entwicklungen in Ungarn, Argentinien und den USA zeigen, wie Regierungen mit autoritären Tendenzen systematisch Arbeitnehmer:innenrechte beschneiden können. Doch sie machen auch deutlich: Gerade auch dann ist es möglich, Menschen zu mobilisieren.

Ob auf lokaler Ebene in Ungarn, bei Massenprotesten in Argentinien oder durch Streiks in den USA: Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen kämpfen weiter. „Wir werden auch in den nächsten Jahren eng zusammenarbeiten und unsere Gewerkschaftskolleg:innen weltweit unterstützen“, bekräftigt Marcus Strohmeier. Denn es gehe nicht nur darum, die Kräfte innerhalb eines Landes zu bündeln. Angesichts von internationalen wirtschaftlichen Verflechtungen, Handelsabkommen oder der Entsendung von Arbeitskräften sei grenzübergreifende Zusammenarbeit wichtiger denn je.

Gewerkschaften müssen in Zeiten demokratischer Erosion ihren Zusammenhalt stärken und mehr Wege finden, ihre Mitglieder zu mobilisieren. Wenn Demokratien schwächeln, ist ihr Engagement umso entscheidender, um soziale Gerechtigkeit und Arbeitnehmer:innenrechte zu verteidigen. ▀



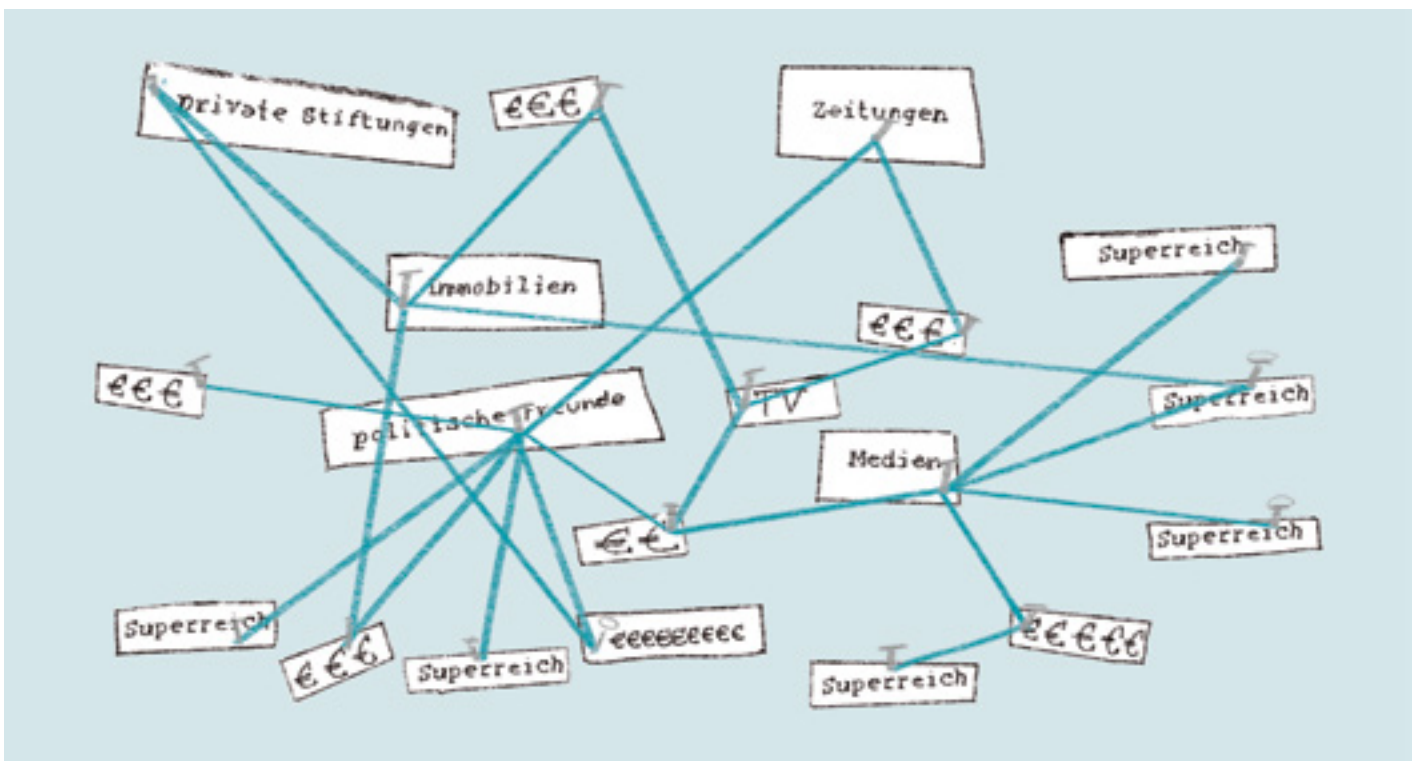
MONICA OWENS

ist in der Abteilung für Organisation und Service bei der American Association of University Professors (AAUP) tätig.

Reichtum außer Kontrolle

Die hohe Vermögenskonzentration in Österreich untergräbt die demokratische Teilhabe der Mehrheit. Wie der Geldadel mit Politik und Medien verbandelt ist und seine Interessen im Verborgenen durchsetzt, untersuchte kürzlich eine Studie der AK Wien.

TEXT CHRISTIAN BUNKE



Du bist die Hure für die Reichen“, instruierte der frühere Generalsekretär im Finanzamt, Thomas Schmid, einst per Chatnachricht einen Kollegen, nicht zu vergessen, für wen er wirklich arbeitet. Unbestritten lässt sich wohl festhalten, dass wohlhabende Menschen in Österreich in beträchtlichem Maße Einfluss auf die politischen Ge-

schehnisse nehmen wollen und das auch können.

Aber wer sind diese Superreichen? Wie interagieren sie, und wie beeinflussen sie Politik und Gesellschaft? Diese Fragen versuchte ein kleines Team von Wissenschaftler:innen der Johannes Kepler Universität Linz (JKU) im Auftrag der Arbeiterkammer Wien zu beantworten. Es unterzog 62

österreichische Haushalte, deren Vermögen mehr als 500 Millionen Euro umfasst, einer Netzwerkanalyse.

„Selbst unter diesen 62 reichsten Haushalten kumulieren sich 44 Prozent des Vermögens in den Top Five“, sagt Lukas Cserjan. „Es sind also wirklich ganz wenige Familien, in denen sich der Reichtum konzentriert.“ Cserjan ist Ökonom am In-

stitut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft der JKU und Co-Autor der vorliegenden Studie. „Wir reden hier von 62 Familien oder Einzelpersonen unter neun Millionen Menschen in Österreich. Durch unsere Studie können wir zeigen, wie sie in einem Netzwerk miteinander verbunden sind. Wir können sagen: Das hat System.“

Datenlage unzureichend

Doch dieses System aufzuzeigen ist gar nicht so einfach – es gibt kaum belastbares Datenmaterial. Für ihre Studie arbeiteten die Forscher:innen mit den Selbstauskünften von Superreichen über das eigene Vermögen. Eine wichtige Quelle waren die Reichenlisten, die Magazine wie „Trend“ oder „Forbes“ regelmäßig publizieren. Dieses Material nutzte das Team, um sich die sozialen Verbindungen und den Besitz der Superreichen anzuschauen. Knotenpunkte wurden identifiziert: gemeinsame Anteile an Firmen, dieselben Vermögensverwalter:innen oder auch gemeinsame politische Freundschaften und Medienkontakte.

Bei Betrachtung der Netzwerkanalyse fällt auf, dass die intransparente Vermögenskonzentration sehr oft auch mit Kontakten zu politischen Entscheidungsträger:innen sowie Medienschaffenden in Verbindung steht. Manche Superreiche sind wiederum selbst Inhaber:innen großer Medienkonzerne, wie etwa die Familie Dichand, der derzeit die Hälfte der Anteile an der Tageszeitung „Krone“ gehört. Laut Studie unterhalten die Dichands unternehmerische Verbindungen zu insgesamt 234 Medienfirmen. Das sei auch ein Beispiel für die extreme Konzentration in der österreichischen Medienlandschaft. „Das ist an sich natürlich schon spannend“, sagt Cserjan. „Noch spannender ist aber, wie viele Printmedien und Tageszeitungen Verbindungen zu den Superreichen pflegen. Und das sind wirklich viele, wie wir durch die Analyse der Knotenpunkte herausgefunden haben. Demokratiepoltisch ist das sehr bedenklich.“



Superreiche pflegen systematisch Kontakte zu Medienschaffenden und Politiker:innen. „Das ist demokratiepolitisch bedenklich“, befandet der Ökonom Lukas Cserjan.

Als Problem bei der Analyse erwies sich, dass viele Superreiche ihr Vermögen hinter umfangreichen, durch Vermögensverwalter:innen und Privatstiftungen eingerichteten Konstruktionen verschleiern. Auch der Stiftungsverband, eine Interessenvertretung für Menschen mit Privatstiftungen, „betont in seinen Publikationen immer wieder die wichtige Bedeutung, die Diskretion für sie hat, also die Verschleierung von Vermögen“, so Cserjan.

Transparenz durch Steuern

Diese Verschleierung funktioniere unter anderem deshalb so gut, weil Superreiche kaum Steuern zahlen müssten. „Die Erbschaftsteuer wurde zum Beispiel abgeschafft. Wenn es eine Erbschaftsteuer gäbe,

würde es auch automatisch mehr Datenmaterial über das wahre Vermögen der Superreichen in Österreich geben“, so der Ökonom. „Unsere Studie zeigt deutlich, dass es einen Bedarf gibt, Regelungen oder Gesetze dahin gehend zu ändern, dass solche problematischen Schachtelkonstruktionen nicht mehr möglich sind.“

Die Studie schlüsselt verschiedene Aspekte des Netzes der Superreichen auf. Da gibt es zum Beispiel traditionelle Industrielle, wie etwa die Adelsfamilie Mayr-Melnhof, deren Wurzeln im Betrieb von Hüttenwerken und in der Forstwirtschaft des 19. Jahrhunderts liegen. „Die Vermögen der Industriellenfamilien sind noch am einfachsten nachzuerfolgen, auch wenn diese ebenfalls auf Schachtelkonstruktionen und Privatstiftungen zurückgreifen“, sagt Cserjan. Bei Personen und Haushalten, deren Vermögen hauptsächlich auf Immobilienbesitz beruhe, sei das wesentlich schwieriger. „Hier schlägt die Intransparenz am meisten durch“, so der Ökonom.

Insgesamt belegt die Studie eindrücklich, dass extrem konzentrierter Reichtum mit demokratischen Gleichheitsidealen schwer vereinbar ist. Das zeige sich auch an der Struktur der 62 untersuchten Haushalte, so Cserjan: „52 dieser Haushalte sind männlich dominiert. Sie sind außerdem relativ alt und weiß. Alle Diskriminierungsformen, die man sich vorstellen kann, sind hier widergespiegelt.“ ▸

Nettvermögen der fünf reichsten Familien in Österreich

Quelle: trend.at (2023)



Eine Frage der Gerechtigkeit

Mitbestimmung ist das Herzstück einer gerechten Gesellschaft – doch sie erfordert Zeit, die frau nicht hat, denn Frauen tragen immer noch die Last der unbezahlten Arbeit. Solange Care-Arbeit ungleich verteilt ist, bleibt gleichberechtigte Mitbestimmung eine Utopie.

Grundlage einer gerechten Gesellschaft ist Mitbestimmung. Doch für die braucht es Zeit – ein Gut, das insbesondere Frauen aufgrund struktureller Ungleichheiten oft fehlt. Der Schlüssel zu einer lebendigen Demokratie liegt deshalb nicht nur in politischen Prozessen, sondern auch in der Bekämpfung gesellschaftlicher Ungleichheiten, die Frauen unverhältnismäßig belasten.

Frauen leisten in unserer Gesellschaft nach wie vor einen Großteil der unbezahlten Care-Arbeit: Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen, Haushalt – Aufgaben, die essenziell für das Funktionieren unserer Gesellschaft sind, aber in den politischen und wirtschaftlichen Diskursen oft unsichtbar bleiben. Diese Doppelbelastung von bezahlter und unbezahlter Arbeit führt dazu, dass Frauen weniger Zeit für politische Beteiligung, betriebliche Mitbestimmung oder gesellschaftliches Engagement haben, wie Institutionen wie die ILO (Internationale Arbeitsorganisation) belegen.

Die strukturelle Benachteiligung von Frauen beginnt also dort, wo Care-Arbeit ungleich verteilt ist und in den meisten Fällen von Frauen übernommen wird. Einkommensunterschiede gehen damit Hand in Hand. Der Gender-Pay-Gap ist nicht nur ein finanzielles Problem, sondern auch ein Hindernis für Mitbestimmung. Frauen in prekären Arbeitsverhältnissen oder mit geringem Einkommen haben seltener die Möglichkeit, ihre Stimme zu erheben.

Wenn Frauen den Eindruck haben, von der Politik nicht gesehen oder gehört zu werden, verstärkt dies das Gefühl der Ohnmacht und den Rückzug aus demokratischen Diskursräumen.

Die demokratische Teilhabe hängt somit eng mit finanzieller Absicherung und sozialer Gerechtigkeit zusammen. Wer ständig um die eigene Existenz kämpfen muss, findet kaum Raum für gesellschaftliches Engagement. Prekäre Arbeitsbedingungen verhindern, dass Frauen und andere marginalisierte Gruppen ihre Interessen durchsetzen können. Die Gleichberechtigung in der Arbeitswelt ist daher eine notwendige Voraussetzung für eine gelebte und inklusive Demokratie.

Eine faire Aufteilung der Care-Arbeit ist der erste und wichtigste Schritt, um Frauen den Zugang zu demokratischer Teilhabe zu erleichtern.

Es braucht strukturelle Maßnahmen, um Care-Arbeit sichtbarer zu machen und die Verantwortung dafür zwischen Frauen und Männern gleichmäßiger zu verteilen. Gleichzeitig ist es essenziell, den Gender-Pay-Gap zu schließen und Frauen eine eigenständige finanzielle Absicherung zu garantieren. Das bedeutet auch: gerechtere Bezahlung in Berufen, die traditionell von Frauen dominiert werden, wie beispielsweise in den Bereichen Pflege, Betreuung, Bildung und soziale Arbeit.

Es braucht eine ernsthafte Frauenpolitik, die sich nicht auf symbolische Gesten beschränkt, sondern tiefgreifende strukturelle Veränderungen anstrebt. Die neue Bundesregierung muss endlich wieder klare Prioritäten setzen, um Geschlechtergerechtigkeit in allen Bereichen zu fördern. Das reicht von der Einführung einer Elternzeitregelung, die Männern endlich die Möglichkeit zu mehr Beteiligung gibt, über den Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten bis hin zu gesetzlichen Regelungen einer gerechten Bezahlung.

Frauenpolitik darf kein Randthema sein – sie ist zentral für die Zukunft unserer Demokratie und damit für uns alle. Eine Gesellschaft, die Frauen systematisch benachteiligt, beraubt sich selbst ihrer Potenziale und schwächt die Demokratie insgesamt. Nur durch eine gerechte Verteilung von Ressourcen, Rechten und Verantwortlichkeiten können wir sicherstellen, dass alle Menschen die Zeit und die Möglichkeit haben, sich an demokratischen Prozessen zu beteiligen. ▀



KORINNA SCHUMANN
ist Vizepräsidentin des ÖGB. Als Bundesfrauenvorsitzende steht sie für ein gutes und selbstbestimmtes Leben für alle Frauen ein.

Meinungs- vielfalt im Betrieb – wie geht ihr damit um?

Die Demokratie lebt davon, dass unterschiedliche Ansichten unter einen Hut gebracht werden. Wie kann es im Betriebsrat gelingen, trotz Differenzen einen gemeinsamen Nenner zu finden?

Recherche – Vanessa Kovar



DIETMAR BREINER

VORSITZENDER DES ARBEITER:INNENBETRIEBSRATS BEI ARDO AUSTRIA FROST

Unterschiedliche Meinungen sind normal und wichtig. Es gilt, alle Standpunkte anzuhören, aufzuklären und sachlich zu diskutieren. Am Ende steht das Ziel, eine gemeinsame Linie zu finden, die von allen getragen wird. Diese Geschlossenheit ist essenziell, um nach außen ein starkes und einheitliches Signal zu senden.



BETTINA MÜNZER

BETRIEBSRATSVORSITZENDE BEI SPAR GRAZ

Wenn starke Persönlichkeiten zusammenkommen, dann treffen unterschiedliche Meinungen aufeinander. Wichtig ist es, zuzuhören, Meinungen zuzulassen und gemeinsam Verbesserungen und Lösungen für die Kolleg:innen zu erarbeiten. Dank einer starken Vertrauensbasis halten wir auch intensivere Debatten aus. Am Ende zählt die demokratische Abstimmung, der Mehrheitsbeschluss wird dann geschlossen nach außen vertreten.



CHRISTIAN HÖRMANN

VORSITZENDER DES ANGESTELLTENBETRIEBSRATS BEI ZKW LICHTSYSTEME GMBH

Im Betriebsratsteam werden alle Meinungen ernst genommen und offen diskutiert sowie demokratische Beschlüsse gefasst. Am Standort Wieselburg in Niederösterreich arbeiten drei Gremien eng im Betriebsausschuss zusammen, um gemeinsame Lösungen zu finden. Auf Konzernebene gibt es fünf Gremien, die über einen Konzernbetriebsrat organisiert sind, sich regelmäßig austauschen und die an sie herangetragen Anliegen umsetzen.

Demokratie

In Zeiten wie diesen denken Individuen im Voraus darüber nach, was eine repressive Regierung möglicherweise will, und dienen sich ihr anschließend an, ohne gefragt worden zu sein. Passe dich nicht auf diese Weise an, sonst lehrst du die Macht, wie weit sie gehen kann.

Wir erleben Zeiten der Desinformation und der Hetze gegen Minderheiten – also genau gegen jene, die oft keine Stimme haben. Wohin das führen kann, zeigte sich in den dunkelsten Kapiteln der Menschheitsgeschichte. Doch selbst in diesen konnte Wehrhaftigkeit wirksam

LEISTE KEINEN
VORAUSEILENDEN
GEHORSAM

VERTEIDIGE
INSTITUTIONEN

FRAGE
NACH U
ÜBERP

Institutionen schützen sich nicht selbst. Sie stürzen eine nach der anderen, wenn nicht jede von ihnen von Anfang an verteidigt wird. Such dir also eine Institution, die dir am Herzen liegt – ein Gericht, eine Zeitung, ein Gesetz, eine Gewerkschaft –, und ergreife für sie Partei.

Unterstütze den investigativen Journalismus, indem du Printmedien abonnierst. Denk daran, dass einige der Dinge, die sich im Internet finden, dir schaden wollen. Erkundige dich nach Websites, die Propagandakampagnen kritisch unter die Lupe nehmen.

verteidigen!

sein. Autokratien, Oligarchien, Diktaturen: Früher oder später fallen sie alle. Angelehnt an die „Zwanzig Lektionen für den Widerstand“ des US-Historikers Timothy Snyder haben wir ein paar Ratschläge zusammengetragen, wie du aktiv werden kannst.

Wenn politische Führer:innen ein negatives Vorbild abgeben, wird die professionelle Verpflichtung einer gerechten Praxis umso wichtiger. Es ist schwer, einen Rechtsstaat ohne Anwält:innen aus den Angeln zu heben oder Schauprozesse ohne Richter:innen abzuhalten.
Halte dein Berufsethos hoch!



DENK AN DEINE BERUFSEHRE

ENGAGIERE DICH FÜR EINEN GUTEN ZWECK

Sei in politischen oder anderweitigen Organisationen aktiv, die deine Sicht aufs Leben zum Ausdruck bringen. Such dir ein oder zwei Wohltätigkeitsorganisationen aus und spende ihnen regelmäßig Geld. Damit hast du eine freie Entscheidung getroffen, mit der du die Zivilgesellschaft unterstützt.

Mission Ukraine

Seit über tausend Tagen herrscht Krieg in der Ukraine. In diesem Ausnahmezustand versuchen ukrainische Gewerkschafter:innen zu verhindern, dass Arbeitnehmer:innenrechte unter die Räder kommen.

TEXT SARAH KLEINER



Ivanna Khrapko (links) und Kateryna Voloshko setzen sich auch in Kriegszeiten für Arbeitnehmer:innenrechte in der Ukraine ein. Arbeit&Wirtschaft traf sie beim Wienbesuch.

Manchmal bleiben wir die ganze Nacht auf und warten“, sagt Kateryna Voloshko. Sie blickt mit ihren blitzblauen Augen vom Smartphone auf. Ihr gegenüber an einem kleinen Tisch in der Kantine der Ankerbrotfabrik in Wien-Favoriten sitzt Kollegin Ivanna Khrapko. Auf dem Smartphone ist ein Foto von Voloshkos Tochter zu sehen. Die Siebenjährige liegt in einer Badewanne unter einer dicken Daunendecke und schläft. Wenn nachts in Kiew ein Bombenalarm ertönt, laufen Voloshko und Tochter Nastii ins Bad. Dort seien sie bei möglichen Einschlägen am besten geschützt. Das Paar sitzt dann auf dem Fliesenboden, hört die detonierenden Bomben und wartet, bis es Entwarnung gibt. Und Nastii schläft in der Wanne.

Die beiden Gewerkschafterinnen Kateryna Voloshko und Ivanna Khrapko haben sich entschieden, trotz des Kriegs weiterhin in der Ukraine zu leben. Sie gehen ihrer Arbeit im großen Gewerkschaftshaus am Maidan, dem Unabhängigkeitsplatz im Herzen Kiews, nach. „Wenn es einen Alarm in der Stadt gibt, hören wir das über die Lautsprecher im Gebäude“, erklärt Khrapko. Sie trägt eine Brille, die braunen Haare reichen ihr bis zum Kinn. Es würde dann dazu aufgerufen, sich möglichst schnell in den Bunker unter dem weitläufigen Platz zu begeben. „Wir checken aber erst am Handy, wo der Angriff stattfindet. Nur wenn es in der Nähe ist, gehen wir in den Bunker“, sagt sie.

Khrapko ist Vorsitzende des Jugendrats des ukrainischen Gewerkschaftsbundes FPU, Voloshko ist Internationale Projektleiterin in der Gewerkschaft der Arbeiter der Bau- und Baustoffindustrie der Ukraine. An diesem eisigen Wintertag Ende 2024 nehmen die beiden in Wien als Gäste beim Kongress der Österreichischen Gewerkschaftsjugend (ÖGJ) teil. In einer Rede werden sie über die derzeitige Lage der Arbeitnehmer:innen in der Ukraine erzählen. Mit dem internationalen Referat des ÖGB entwickeln sie außerdem gemeinsame Projekte, bei denen es um den Aufbau von Jugendstrukturen in der ukrainischen Gewerkschaftsbewegung geht. Und die zwei haben bei solchen Reisen eine Mission: Sie lobbyieren für mehr Unterstützung für die Ukraine, auch für die Zeit nach dem Krieg.

Freundschaft im Ausnahmezustand

Drei Jahre ist es mittlerweile her, dass Russland die Ukraine überfallen hat – drei Jahre, in denen sich dieses Land unwiederbringlich verändert hat. Zigtausende Menschenleben haben die Kämpfe bereits auf beiden Seiten gefordert, noch mehr Menschen sind geflohen. Und für die beiden Gewerkschafterinnen ist das Unvorstellbare Alltag geworden. „So klingt es, wenn man bei einem Stromausfall durch die Stadt geht“, sagt Voloshko und zeigt ein Video

von einer Kiewer Einkaufsstraße: Lautes Dröhnen und Wummern ist aus den Geschäften zu hören, in jedem läuft ein Generator. Zeitweise habe es nur wenige Stunden am Tag Strom gegeben, in denen man so viele Akkus und Geräte wie möglich aufgeladen hat.

Kennengelernt haben sich die beiden Frauen vor rund vier Jahren bei einem beruflichen Seminar. Die 34-jährige Voloshko wurde in Kiew geboren und wuchs dort auf. Sie absolvierte die Arbeitsakademie des FPU und studierte dort Wirtschaftswissenschaften. Heute organisiert sie Konferenzen, Seminare und andere Events für die Gewerkschaftsmitglieder und arbeitet mit der Gewerkschaftsjugend zusammen.

Ivanna Khrapko ist 35 und stammt aus einem kleinen Dorf im Westen der Ukraine mit weniger als tausend Einwohner:innen. Ihre Mutter arbeitet in einem Waisenhaus, der Vater ist Bauarbeiter. Studiert hat sie nahe der rumänischen Grenze an einer Finanzakademie in Czernowitz, danach war sie als Lehrerin tätig, bevor sie bei einer lokalen Gewerkschaft anheuerte und schließlich in die Zentrale des FPU wechselte. Nur wenige Wochen später brach der Krieg aus.

Wachsam bleiben

Was dieser für Arbeitsmarkt und Wirtschaft des Landes bedeutet, kann man nur als völlige Umwälzung bezeichnen. Arbeitnehmer:innen werden mobilisiert, Hunderttausende müssen andernorts Beschäftigung finden oder sind außer Landes geflohen. Die ukrainische Regierung versucht, auf die geänderten Bedingungen zu reagieren und dabei gegensätzliche Interessen von Unternehmern und Arbeitnehmer:innen unter einen Hut zu bringen.

„Die Ukraine hat derzeit einen großen Bedarf an Arbeitskräften, und die Regierung versucht, Anreize für den Eintritt in den Arbeitsmarkt zu schaffen“, erklärt die ukrainische Rechtsanwältin und Arbeitsrechtsexpertin Anastasiia Zernova auf Anfrage per E-Mail. „Fragen der Migration und der Mobilisierung haben bereits einen erheblichen Einfluss auf den Rückgang der Zahl der Arbeitnehmer:innen in der Ukraine.“ Geschätzt drei Millionen Arbeitsplätze gingen durch die russischen Angriffe bereits verloren.

In diesen Kriegszeiten gilt es aus gewerkschaftlicher Sicht, trotz Ausnahmezustand wachsam zu sein und Maßnahmen zur wirtschaftlichen Belebung auf ihre Verhältnismäßigkeit zu prüfen. Eine Gesetzesänderung, die beispielsweise auf Kritik der Gewerkschaften stieß, war die Verabschiedung des sogenannten Gesetzes 5371 im Frühjahr 2022, das Arbeitnehmer:innen von privaten kleinen und mittleren Unternehmen mit bis zu 250 Beschäftigten vom kollektiven Arbeitnehmer:innenschutz ausnimmt. „Einerseits kann man von der Schaffung eines neuen Modells der Beziehungen

„Die Gewerkschaften müssen im Rahmen des sozialen Dialogs miteinbezogen werden“, finden die ukrainischen Gewerkschafterinnen.



zwischen Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen sprechen, in dem flexible Bedingungen für die Interaktion herrschen“, so Zernova. „In der Realität kann die Situation jedoch anders aussehen, wenn sich die Arbeitgeber:innen unfair verhalten und es keine Mechanismen zum Schutz der Arbeitnehmer:innenrechte gibt.“ Auch eine Reform des aus der Sowjetzeit stammenden Arbeitsrechtskodex ist derzeit in Ausarbeitung. Er solle Interessen ausgleichen, neue hochwertige Arbeitsplätze schaffen, höhere Gehälter ermöglichen und die Einstellung von Arbeitnehmer:innen vereinfachen, so Zernova. Die Gewerkschaften versuchen, ihre Anliegen in die Reform miteinzubringen.

Sozialer Dialog in Gefahr

„Es darf in dieser Ausnahmesituation nicht auf die Rechte der Arbeitnehmer:innen vergessen werden“, sagt Khrapko, während sich die Cafeteria der Ankerbrotfabrik zur Mittagszeit langsam mit Menschen füllt. Die beiden Ukrainerinnen kritisieren, dass der soziale Dialog, der Arbeitgeber:innen- und Arbeitnehmer:innenseite gleichermaßen Gehör bei der Regierung verschaffen soll, derzeit vernachlässigt würde. „Meine wichtigste Botschaft, wenn ich mit politischen Entscheidungsträger:innen spreche, ist, dass die Gewerkschaften im Rahmen des sozialen Dialogs miteinbezogen werden müssen.“ Khrapko und Voloshko lobbyieren bei solchen Besuchen außerdem für mehr finanzielle und militärische Unterstützung für die Ukraine.

Das Land setzt derzeit den Aktionsplan des Europarats „Resilienz, Erholung, Wiederaufbau“ für 2023–2026 um. Nur bei einer der drei bisherigen „Recovery Conferences“ seien die Gewerkschaften aber bisher eingeladen gewesen. „Wir sollten dabei sein, wenn der mögliche Beitritt zur EU oder der Wiederaufbau der Ukraine verhandelt wird“, betont Voloshko. Die Positionierung sei wichtig, um auch nach Kriegsende eine Verhandlungsbasis zu haben. „Nach

dem Krieg werden viele Investor:innen und Unternehmen auf den ukrainischen Markt kommen und in den Wiederaufbau investieren“, sagt sie. „Unsere Hauptaufgabe ist, mit unseren Forderungen an die Arbeitgeber:innen in diesen Prozess eingebunden zu werden.“

Es gibt nur jetzt

Gefragt, wie sich die beiden Frauen ihre Zukunft vorstellen, meinen sie, solche Ideen seien ihnen derzeit nicht möglich. „Wir träumen davon, dass wir siegen und der Krieg bald vorbei ist“, sagt Voloshko, „und dass die Menschen, die geflohen sind, zurückkommen können.“ Viele ihrer Kolleg:innen aus regionalen Büros seien an der Front. „Von manchen wissen wir nicht, was mit ihnen passiert ist, weil sie in russisch besetzten Gebieten stationiert waren und wir den Kontakt verloren haben“, sagt Khrapko. Für die Rückkehrer:innen, die teils invalide seien, bemühe sich die Gewerkschaft, Arbeitsplätze anzupassen und inklusive Beschäftigungen zu ermöglichen. Seit Kriegsbeginn liefert sie zudem Hilfsgüter an die Front. Auch der ÖGB unterstützt die ukrainischen Kolleg:innen mit Hilfstransporten und bei Projekten, wie zum Beispiel einer Multiplikator:innenschulung für Landarbeiter:innen zu den Gefahren von Landminen.

Khrapko und Voloshko waren selbst mehrmals an der Front, um humanitäre Hilfe zu leisten. Khrapko könne sich noch gut erinnern, wie sie kurz nach Kriegsbeginn in der Region Charkiw dabei half, einen Zugwaggon zu entladen. „Ich hörte die Schüsse von den Maschinengewehren, die Kämpfe waren nur wenige Kilometer entfernt“, sagt sie. „In diesem Moment habe ich begriffen, dass ich mich gerade inmitten eines Krieges befinde.“ Seit drei Jahren erleben die beiden Gewerkschafterinnen nun die Skurrilität eines Alltags, der mit dem Krieg verschmilzt. „Wir haben uns daran gewöhnt“, sagt Khrapko und bessert sich gleich darauf aus: Eigentlich könne man sich daran nicht gewöhnen. Man lebe sein Leben weiter, so gut es eben geht. ▀

Verlorene Maßstäbe

Parteipolitischer Machterhalt statt demokratischer Prinzipien: Die Regierungsverhandlungen zwischen ÖVP und Herbert Kickls FPÖ zeugen von einer intellektuellen Umwälzung, befindet der Publizist Armin Thurnher in seinem Gastkommentar.

Ich komme mir sehr alt vor in diesen Tagen. Verdutzt nehme ich zur Kenntnis, dass es den handelnden politischen Personen aller demokratischen Parteien an einem inneren Kompass mangelt, der ihnen sagt, wo Schluss ist und was nicht geht. Ich komme mir deswegen alt vor, weil ich um die Sinnlosigkeit moralischer Appelle weiß. Man kann nicht an jemanden appellieren, der selbst die Maßstäbe verloren hat. Es ist zwecklos.

Ich denke an meinen Vater. Er wurde in der Verwandtschaft belächelt, weil er sich weigerte, in der Schweiz einkaufen zu gehen, geschweige denn, dort gekaufte billigere und bessere Lebensmittel wie Kaffee und Schokolade nach Hause zu schmuggeln. Das war im Vorarlberg der Nachkriegszeit, im Vorarlberg meiner Jugend, so Sitte.

Mein Vater aber empfand sich als österreichischer Steuerzahler. Er empfand die Hamsterkäufe in der Schweiz als Schaden für Österreich, für die im Aufbau befindliche Wirtschaft und ihre Kleinunternehmer:innen. Er sah den Nachteil für den Staat.

Mir machte er übrigens schon in jungen Jahren klar, dass ich in seiner Firma nichts zu suchen hätte. Nicht einmal der Anschein von Protektion sollte ihm unterkommen – schon gar nicht in Form von jener Parteipolitik, die ihre Macht aus Postenschiebungen bezieht. Als man ihm anbot, in den Vorstand des ihn beschäftigenden Energieunternehmens zu wechseln, lehnte er ab, weil die Bedingung lautete, er müsse der

Volkspartei beitreten (der er politisch nahestand). Er hatte eine moralische Klarheit, die damals nicht völlig ungewöhnlich war, aber doch auffiel. Heute scheint sie beinahe absurd – zumindest in der Politik.

Ich frage mich oft, wann und wie sich die Maßstäbe so zugunsten eines hemmungslosen Egoismus verschoben haben, der nicht einmal mehr abwägt, ob es gemeinschaftliche Interessen gibt, denen man sich zu beugen hat. Steueregoismus regiert: Je reicher, desto selbstverständlicher werden Steuern vermieden (Ausnahmen bestätigen die Regel).

Es war eine lange vorbereitete intellektuelle, propagandistische und sozialgeschickte Revolution, die diesen Geisteswandel herbeiführte. Man nennt sie Neoliberalismus, aber man kennt die Prozesse zu wenig, unterschätzt die Geduld der han-

delnden Personen, ihre Entschlossenheit, öffentliche Meinungspositionen zu besetzen, ihre Finanzkraft, solche institutionellen Lautsprecher auch zu bezahlen.

Wie konnte es geschehen, frage ich mich jetzt, dass das politische Führungspersonal der Republik darangeht, die Demokratie einem wie Herbert Kickl auszuliefern? Wie konnte es geschehen, dass die handelnden Personen nicht erkennen, dass hier etwas anderes im Anzug ist, etwas, das sich von ihren eigenen Prinzipien grundlegend unterscheidet? Wie konnten sie nicht erkennen, dass diese demokratischen Prinzipien sie bei aller Unterschiedlichkeit einander doch verwandt machen, verglichen mit diesem deklariert Undemokratischen, deklariert „Illiberal-Demokratischen“? Wie diese Blindheit, politisch und moralisch?

Man spricht von Eigeninteresse. Welch ein Wort! Parteien haben Interessen zu vertreten, ihr eigenes Interesse sollte nur darin bestehen, dies möglichst effizient zu tun. Die Erhaltung von Macht und Pöstchen scheint dem Publikum noch einigermaßen akzeptabel, wenn sie diesem Zweck dient. Wird sie zum Selbstzweck, schlägt das Verständnis in Politikverachtung um.

Ich frage mich, wie die demokratischen Parteien jene Grundlagen für eine intellektuelle und dann auch moralische Erneuerung schaffen wollen, die ihnen ihre verlorene Glaubwürdigkeit zurückgäbe. Meinen Vater kann ich nicht mehr fragen. ▀



ARMIN THURNHER

wurde 1949 in Bregenz geboren und ist Mitbegründer, Chefredakteur und Herausgeber der Wiener Wochenzeitung „Falter“.

Digitale Monarchie

In fünf bis zehn Jahren könnten Tech-Konzerne nahezu vollständig den politischen Diskurs dominieren, warnt der Medienwissenschaftler Martin Andree. Er vermisst einen öffentlichen Aufschrei.

INTERVIEW JOHANNES GRESS

Weltweit gibt es mehr als eine Milliarde Websites, die meisten von uns kommen aber mit ganz wenigen aus: Rund die Hälfte des digitalen Traffics spielt sich auf den Servern der Internetgiganten Alphabet (YouTube, Google), Apple und Meta (Facebook, WhatsApp, Instagram) ab. Das geht aus Martin Andrees Buch „Atlas der digitalen Welt“ hervor. Es beinhaltet eine Warnung: Wenn Privatkonzerne mittels Algorithmen und Monopolen über die Wertigkeit politischer Meinungen und den Zugang zum politischen Diskurs entscheiden, rüttelt das an den Grundfesten unserer Demokratie.

Arbeit & Wirtschaft: Die Hoffnung in den Anfangsjahren des Internets war die einer Demokratisierung. Menschen, die bisher vom Diskurs ausgeschlossen waren, sollten partizipieren können. Offenbar ist genau das Gegenteil eingetreten.

Martin Andree: Das Interessante ist ja, dass digitale Medien oberflächlich betrachtet immer größere Bestandteile der Bevölkerung in die Lage versetzen, ihre Meinung

öffentlich kundzutun. Aber die dominanten Plattformen von heute gehören Privatunternehmen, die nicht per se Medienunternehmen sind, und diese decken in den meisten Fällen komplette Mediengattungen ab. Beispielsweise hat Google ungefähr 90 Prozent Anteil an der Suchmaschinenutzung. Damit hat ein multinationales Privatunternehmen nahezu die komplette Kontrolle darüber, welche Informationen die Menschen ausgespielt bekommen. Privatunternehmen, die Mediengattungen kontrollieren, können auch über die Regeln des Zugangs bestimmen. Das ist das Gegenteil von Demokratie.

In Ihrem Buch „Big Tech muss weg“ schreiben Sie, bereits im Jahr 2029 könnte es zu spät sein, weil Tech-Konzerne bis dahin unsere Demokratie ausgehöhlt haben könnten. Woran machen Sie das fest?

Ob das jetzt bis 2029 oder bis 2031 geschieht, spielt keine Rolle. Aber de facto werden analoge Medien durch digitale substituiert. In der digitalen Medienwelt findet der Traffic – und damit der Diskurs – größtenteils auf den Plattformen statt.

Das heißt, in der digitalen Welt haben unabhängige Anbieter eigentlich gar keine Chance mehr und nicht mehr die publizistische Macht, eine Debatte zu erzeugen. Aus diesen Gründen ist es mathematisch vorhersehbar, dass in fünf bis zehn Jahren unsere öffentliche Sphäre weitestgehend von den uns allen bekannten Plattformen beherrscht werden wird.

Kürzlich publizierten beispielsweise die „Süddeutsche Zeitung“ und die „ZEIT“ interne Dokumente der deutschen FDP, was diese arg in Bedrängnis brachte und letztlich den FDP-Generalsekretär zum Rücktritt bewegte. Zeigt das nicht, dass traditionelle Medien sehr wohl Einfluss auf die öffentliche Debatte haben?

Das ist korrekt, aber investigative Arbeit kostet Geld. Heute können redaktionelle Medien solche Debatten nur dann erzeugen, wenn sie ihre Inhalte auch digital anbieten, vor allem auf den Plattformen. Aber genau dort werden sie für ihre Inhalte nicht entlohnt. Gleichzeitig hören wir aus allen Ländern und Teilen der Medienbranche, dass die Redaktionen ihre



Martin Andree, geboren 1971, ist Professor für Medienwissenschaft an der Universität Köln und beschäftigt sich mit der Übermacht digitaler Konzerne. 2023 veröffentlichte er das viel diskutierte Buch „Big Tech muss weg“.



„Einerseits werde ich oft zu Veranstaltungen eingeladen. Andererseits ändert sich nichts an den Strukturen“, sagt Martin Andree.

Finanzierungsgrundlage verlieren. Doch an Beispielen wie dieser Recherche stellen wir fest, wie wichtig es ist, dass wir eine qualitativ hochwertige investigative Berichterstattung haben, die solche Dinge an die Öffentlichkeit bringt. Wer soll das denn in Zukunft machen?

Wenn ich Ihre Aussagen zuspitze, könnte ich sagen, Kapitalismus und Demokratie sind schwer vereinbar.

Ich würde das nicht so formulieren. Typischerweise wird der momentane Zustand der Plattformen als eine böse Form des Kapitalismus betrachtet, aber das ist nicht der Fall. Beispielsweise sagt der US-amerikanische Milliardär Peter Thiel offen, dass er keinen Kapitalismus im Sinne einer freien Marktwirtschaft will. Derzeit erleben wir in der digitalen Welt das Gegenteil von Kapitalismus: die gezielte, planvolle und systematische Abschaffung von Vielfalt und Wettbewerb. Thiel sagt: „Competition is for losers.“ Angesichts des hohen Grads der Monopolisierung sollten wir besser von einer feudalistischen Wirtschaft sprechen, denn die Plattformen generieren ihre Einnahmen auf ähnliche Art und Weise, wie das in feudalistischen Zeiten der Fall war. Sie besetzen Monopole, und Nutzer:innen zahlen den Plattformen Zugangsrenten. Das ist für die Feudalherren ein attraktives

Geschäftsmodell, denn sie müssen nichts arbeiten und machen, nur indem sie Zugänge gewähren, große Profite.

Warum profitieren vor allem Parteien vom rechten Rand von dieser Dynamik?

Plattformen bestimmen die Erfolgsbedingungen von Kommunikation in unserer Gesellschaft. Allein das ist alarmierend, denn wir als Gesellschaft bestimmen nicht mehr, wie der digitale öffentliche Raum strukturiert ist, in dem unser politischer Diskurs stattfindet. Wir müssen uns vor Augen halten, dass das Forum der Demokratie immer der Kontrolle des demokratisch legitimierten Staates unterlegen war. Heute gehört es fast ausschließlich privaten Konzernen. Diese bestimmen, welche Aussagen erfolgreich an den Mann oder die Frau gebracht werden. Und wir sehen, dass polarisierende Aussagen am meisten Traffic erzeugen – wodurch unser politischer Diskurs immer härter und brutaler wird.

In einem Interview mit dem ZDF meinten Sie, das eigentlich Tragische sei, dass sich dieses Problem innerhalb weniger Monate lösen ließe. Ist es wirklich so einfach?

Ich denke, ja. Beispielsweise haben Plattformen durchgesetzt, dass sie nicht als Medien reguliert werden, sondern als Infrastrukturen. Allerdings verdienen sie auf dieselbe

Art und Weise Geld wie redaktionelle Medien: Sie publizieren Inhalte und monetarisieren diese durch Werbung – ohne dem Medienrecht zu unterliegen. Das ist ein massives Regulierungsprivileg. Wenn wir schlaue gewesen wären, hätten wir gesagt: „Wenn ihr Infrastrukturen seid, dann werdet ihr auch als solche behandelt, aber dann dürft ihr keine Inhalte monetarisieren.“

Wenn es so einfach ist, wieso passiert dann nichts?

Weil wir keine Debatte haben. Als in Deutschland 1962 die Medienfreiheit bedroht war, weil auf Anweisung des damaligen CSU-Verteidigungsministers Franz Josef Strauß (1915–1988) die Redaktion des „Spiegels“ gestürmt wurde, gab es in sämtlichen Medien einen publizistischen Aufschrei. Tausende Menschen demonstrierten dagegen. Heute ist es so, dass die redaktionellen Medien seit 15 Jahren systematisch abgeschafft werden – aber niemand wehrt sich. Das ist für mich schwer nachvollziehbar.

Vielleicht liegt es daran, dass die Spiegel-Affäre ein sehr emotionalisierendes Ereignis war. Die Polizei stürmte einen Raum, der für den Staat tabu war. Die Entwicklung, über die wir jetzt sprechen, läuft subtiler ab.

„Wir erleben in der digitalen Welt das Gegenteil von Kapitalismus: die gezielte, planvolle und systematische Abschaffung von Vielfalt und Wettbewerb.“

Martin Andree, Medienwissenschaftler

Das ist sicherlich richtig. Spätestens mit Elon Musk haben wir aber einen Übeltäter, mit dem wir das Narrativ verknüpfen können. Wir müssen uns vor Augen halten, dass die Situation 1962 im Verhältnis zur momentanen Bedrohung der politischen Öffentlichkeit geradezu harmlos war – zumal wir in allen westlichen Gesellschaften das Vordringen des Populismus und die Zerstörung des politischen Diskurses beobachten können. Wenn demokratische Strukturen einmal abgeschafft worden sind, ist es sehr schwierig, sie wieder neu entstehen zu lassen. Deswegen müssen wir jetzt alles daransetzen, die Demokratie zu bewahren.

Was ist die Reaktion von Politiker:innen, wenn Sie mit Ihnen ins Gespräch kommen?

Das ist paradox, denn einerseits bekomme ich viel Zuspruch und werde oft zu Veranstaltungen eingeladen. Andererseits ändert sich nichts an den Strukturen. Ich persönlich bin doppelt und dreifach frustriert, weil Lösungen in großem Detailreichtum erarbeitet wurden, aber de facto ignoriert werden. Die Möglichkeiten der Veränderung sind mit dem Sieg Donald Trumps (der große Tech-Konzerne unterstützt, Anm. d. Red.) nun auch massiv erschwert worden. Ich bin derzeit tatsächlich persönlich (... überlegt ...) betrübt.

Die EU hat in der Vergangenheit saftige Strafen gegen Tech-Konzerne ausgesprochen, und die neue, sozialistische EU-Wettbewerbskommissarin Teresa Ribera hat angekündigt, dass sie sich diese Unternehmen vorknöpfen möchte. Stimmt Sie das optimistischer?

Ja und nein. Brüssel kann die Ausbreitung von Monopolen abschwächen, aber erstens wird nichts gegen die existierenden Monopole getan, und zweitens hat Brüssel überhaupt nicht die rechtliche Hoheit über Medien; das ist Sache der Nationalstaaten. Mein Vorschlag wäre: Wenn Nationalstaaten merken, dass sie zu schwach sind, um auf nationaler Ebene Chancengleichheit und Pluralismus der digitalen Medien herzustellen, dann müssen sie diese Verantwortung an die EU abtreten.

Ich fasse zusammen: Die redaktionellen Medien können sich nicht wehren, Politiker:innen auf nationalstaatlicher Ebene scheinen auch keine Lust dazu zu haben, und die EU ist nicht zuständig. Wer könnte Veränderungen anstoßen?

Vielleicht ist es eine Möglichkeit, für die Medienregulierung zuständige Institutionen europaweit so zu vernetzen, dass man auf Ebene der europäischen Nationalstaaten einen harmonisierten Vorschlag umsetzen kann. Funktionierende Medien

bzw. eine funktionierende Öffentlichkeit sind die Grundbedingung für die Lösung anderer gesellschaftlicher Probleme. Mit einer zerstörten Öffentlichkeit werden wir auch die Klimakrise nicht in den Griff bekommen. Jetzt können wir noch handeln, wir leben noch in Demokratien – aber wir müssen alles tun, was in unserer Macht steht, um die Demokratie zu retten.

Was kann der oder die Einzelne tun?

Wir müssen es schaffen, eine echte gesellschaftliche Debatte zum Thema hinzubekommen, also sollten wir der Politik Druck machen und alle uns zur Verfügung stehenden Kanäle nutzen, um für eine Befreiung des Internets von den Oligarch:innen zu kämpfen – sonst ist es zu spät! ▀

& INFO

Auf mstv2go.de publizierte Martin Andree mit dem Medienrechtsprofessor Karl-Nikolaus Peifer „Vorschläge für Maßnahmen zur Wiederherstellung von Vielfalt und Wettbewerb in digitalen Medienmärkten“. Unter anderem schlagen sie vor, Marktanteile von Plattformen auf 30 Prozent zu begrenzen.

Unter Druck

Die Medien- und Druckereikrise ist seit Jahren virulent, immer mehr traditionelle Medienhäuser schlittern in die roten Zahlen. Die Suche nach unternehmerischen Strategien für die Zukunft führt auch nach Melk.

TEXT A&W-REDAKTION



Vom Werbeprospekt bis hin zur Tageszeitung: Printprodukte werden immer mehr durch digitale Informationsangebote ersetzt. Das bringt Druckereien und auch traditionelle Medien in die Bredouille.



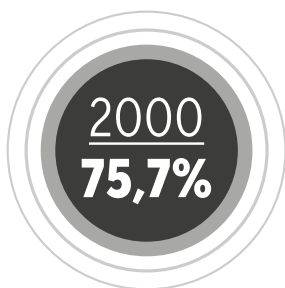
„Die Nachfrage nach Magazinen und Zeitschriften ist eindeutig rückläufig. Viele Institutionen stellen auf online um“, sagt Daniel Fürstberger, Geschäftsführer der Melker Druckerei Gugler.

Ratter, ratter, ratter. Die große Druckmaschine in der Produktionshalle des Gugler Medienhauses im niederösterreichischen Melk macht Lärm. Endlich Lärm, will man fast schon sagen. Denn sämtliche anderen Bereiche des geräumigen Holzbaus vermitteln so viel Ruhe – man vergisst beinahe, dass hier am laufenden Band Bücher, Zeitschriften und Broschüren hergestellt werden. Die Druckhalle ist klar das Herzstück von Gugler, der Maschinenraum des Betriebs und die große Druckmaschine sind der ganze Stolz.

Fast wäre in diese Halle tatsächlich Stille eingezogen. 2023 musste die Druckerei Gugler Insolvenz anmelden – und sie ist damit in Österreich nicht allein. Seit Jahrzehnten lässt sich in der Druckerei-Branche eine steigende Marktkonzentration beobachten, die sich vor allem in den vergangenen Jahren zugespitzt hat. Kleine und mittelständische Betriebe werden insolvent oder von großen geschluckt, die internationale Konkurrenz lockt Kund:innen mit immer niedrigeren Preisen. Untrennbar mit der schwierigen Situation der Druckereien verbunden ist die Lage der heimischen Printmedien.

Nettoreichweite österreichischer Tageszeitungen

Quelle: Statistik Austria



Ein Blick in die Datenbank der Österreichischen Auflagenkontrolle zeigt, dass die Auflagen von heimischen Tageszeitungen und Magazinen abgesehen von einigen Ausreißern und Erfolgsprodukten weitestgehend rückläufig sind. Die Abonnent:innenzahlen gehen zurück, viele Leser:innen steigen auf kostenlose Onlineinformation um. Prominente Beispiele wie das Ende der gedruckten Ausgabe der „Wiener Zeitung“ – zwar vom Gesetzgeber erwirkt – stehen symbolisch für einen historischen Medienwandel, der sich schleichend vollzieht: von analog zu digital. Nachdem traditionelle Medienhäuser mit Onlinewerbung aber nicht die Höhe an Werbeeinnahmen lukrieren können, die Printinserate bringen, sind sie auf der Suche nach funktionierenden Geschäftsmodellen fürs digitale Zeitalter – und mit ihnen die Druckereien.

Markt im Umbruch

„Im Endeffekt war die Krise von Gugler der veränderten Wirtschaftslage geschuldet“, sagt Daniel Fürstberger. Er steht für einen Neustart: Seit Mitte 2024 ist er der Geschäftsführer von Gugler. „Die Nachfrage nach Magazinen und Zeitschriften ist eindeutig rückläufig. Viele Institutionen, etwa auch Gemeinden oder Kirchen, stellen ihr Informationsangebot auf online um, das spürt man auf dem Markt.“ Fürstberger betreibt bereits fünf Druckerei-Standorte in Oberösterreich. Die will er nun mit Gugler in Niederösterreich vernetzen – um verschiedene Märkte abdecken zu können.

Beim Lokalausgang von Arbeit&Wirtschaft spuckt die Druckmaschine gerade Werbeprospekte für ein Fenster-Unternehmen aus, Tausende Preislisten in nur wenigen Minuten. Im sogenannten Offset-Verfahren werden die Farben mittels Platten auf die Papierbögen aufgedruckt. Zeitschriften wie das österreichische „Südwind-Magazin“ oder das deutsche Wirtschaftsmagazin „Neue Narra-



„Neben einer Art Abgabe für die gedruckte Presse sollte es eine Kultur der Unterstützung und Anerkennung ihres Wertes in der Gesellschaft geben“, findet die Kommunikationsforscherin Katharine Sarikakis.

„...“ machen nur einen kleinen Teil des Gugler-Portfolios aus – und die Aufträge werden wohl überschaubar bleiben. Gugler setzt mit einem besonderen Fokus auf nachhaltige Techniken und Materialien, mit Produktionsverfahren im Sinne der Kreislaufwirtschaft, auf eine Nische. „Wir wollen diese Strategie auch zu 100 Prozent weiterfahren, allerdings mit ein bisschen mehr wirtschaftlichem Aspekt“, sagt Fürstberger. Dennoch ist man im hochpreisigen Segment angesiedelt, für Massenprodukte wie Tageszeitungen ist man nicht ausgelegt.

Für Printmedien sind die Druck- und Materialkosten in den vergangenen Jahren auch ohne qualitativ hochwertiges ökologisches Papier zu einem Problemfaktor geworden. Vor allem in der Coronapandemie sind die Papierpreise aufgrund der hohen Energiepreise und Versorgungsknappheiten in die Höhe geschossen. Eingependelt haben sie sich deutlich über dem Vorkrisenniveau. „Ein weiteres Thema ist der Vertrieb. Ich setze darauf, einen eigenen zu haben – was sich viele jetzt nicht mehr leisten können“, sagt Fürstberger.

Vom Kleinen ins Große

„Die Zeitungszusteller:innen sind ja Werkvertragsnehmer:innen, also Selbstständige“, sagt Alois Freitag bei einem Kaffee im Büro der Arbeit&Wirtschaft. Er ist Konzernbetriebsratsvorsitzender bei der Mediaprint, dem gemeinsamen Verlagshaus von „Kurier“ und „Kronen Zeitung“. Über die eigenen Druckereien besorgt dieses heute abgesehen von deren Druck auch den von „Standard“, „Presse“, „Heute“ und „Österreich“ – mehrere Millionen Zeitungsexemplare verlassen täglich einen der drei Druckereistandorte.

„Sagen wir, ein Zusteller hat früher 16 Zeitungen in ein Haus geliefert“, so Freitag, „dann sind das zukünftig vielleicht nur noch sieben oder acht, und die sind noch dazu mit besonderen Zustell- und Hinterlegungswünschen versehen.“ Die Zustellung der einzelnen

Zeitung wird mit sinkender Auflage immer teurer, vor allem in entlegenen Regionen würde sie sich oft schlichtweg nicht mehr rentieren.

Viele Medienhäuser würden deshalb mittlerweile ihre Kapazitäten bündeln, um den Vertrieb gemeinsam zu bewerkstelligen. Ohne eine Unterstützung der öffentlichen Hand, etwa in Form einer breit angelegten Vertriebsförderung, sei dem Problem aber nicht beizukommen. Auch die Mediaprint kämpft mit sinkenden Umsätzen. Viele Stellen wurden bereits abgebaut, am Standort St. Andrä im Lavanttal wurde vergangenes Jahr eine Produktionslinie geschlossen. „Am Ende des Tages wird sich der Markt auf einige wenige Druckereien konzentrieren“, sagt Freitag. Auch die Mediaprint könnte noch weiter schrumpfen, befürchtet der Betriebsrat.

„Was die Medien angeht, kann ich vor allem eines nicht verstehen: wie eine Branche so lustvoll ihren eigenen Tod herbeireden kann“, sagt er. Die Behauptung, Print sei tot, die selbst manche österreichische Medienmacher:innen seit Jahren dogmatisch wiederholen, sei alles andere als konstruktiv. „Print ist nicht mehr so erfolgreich wie früher“, sagt Freitag, dennoch gebe es sowohl erfolgreiche neue Printprodukte auf dem österreichischen Markt als auch internationale Beispiele, die mit einem Hybridmodell aus Print- und Onlineangebot erfolgreich seien. Beispiele dafür sind etwa die „Washington Post“ oder die „New York Times“.

Besinnung aufs Wesentliche

„Wir sind an einem Punkt, an dem öffentliche Subventionen für das Überleben der gedruckten Form notwendig sein könnten“, teilt Kommunikationswissenschaftlerin Katharine Sarikakis vom Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien auf Anfrage per E-Mail mit. Es brauche dabei aber „sowohl öffentliche Mittel als auch Beiträge von den größten digitalen Plattformen“. Die Krise der Druckindustrie sei nach Meinung der Forscherin seit dem Aufkommen digitaler Inhalte am akutesten: „Wir haben gesehen, dass Inhalte durch digitale Plattformen und digitale Versionen kannibalisiert werden, unabhängig davon, ob diese Inhalte neu oder alt sind“, schreibt Sarikakis. Dennoch sei ein leichter Trend zurück zu analogen Medien zu beobachten, als Beispiel nennt die Expertin Vinyl.

Zentral sei, dass Fördergelder und Zuschüsse nicht als Mittel der Zensur und Kontrolle angesehen oder missbraucht werden dürften, was auch mit einer politischen Kultur verknüpft sei, die Medienvielfalt und Pressefreiheit hochhält. „Man kann argumentieren, dass die digitale Sphäre allein nicht ausreicht, um die Pluralität des Denkens und der Rede zu sichern“, meint Sarikakis. „Der Grund dafür ist, dass die Mittel für den Zugang zu Ideen und Informationen selbst vielfältig sein müssen. Daher sollte es neben einer Art Abgabe für die gedruckte Presse eine Kultur der Unterstützung und Anerkennung ihres Wertes in der Gesellschaft geben.“ Und das können wohl alle Medienmacher:innen unterschreiben. ▀

Maryam Singh,

Beratungszentrum für Migranten und Migrantinnen

Zusammengefasst von Sarah Kleiner

Einbürgerung inklusiver gestalten

Österreich zählt in Sachen Staatsbürgerschaft zu den restriktivsten Ländern Europas. Gemeinsam mit Bulgarien erhält die Republik im MIPEX-Ranking, das 56 Länder weltweit hinsichtlich der Zugänglichkeit zur Staatsbürgerschaft vergleicht, nur 13 von 100 Punkten. Nur Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate sind noch restriktiver.

Die größte Hürde im österreichischen Einbürgerungsprozess ist die Berechnung der Einkommensgrundlage, Stichwort: soziale Selektivität. Wer die Staatsbürgerschaft beantragt, muss nicht nur zahlreiche Bedingungen erfüllen, sondern auch das Einkommen der vergangenen sechs Monate sowie die 30 höchsten Gehaltseingänge der vergangenen sechs Jahre nachweisen. Das Staatsbürgerschaftsrecht benachteiligt hier Menschen mit niedrigen Einkommen, was vor allem Frauen trifft. Auch in Österreich geborene Kinder müssen über die Eltern belegen, dass sie diese Einkommensvoraussetzungen erfüllen, um die Staatsbürgerschaft zu erhalten.

Die strenge Rechtslage führt dazu, dass laut SOS Mitmensch mehr als 260.000 hierzulande geborene Menschen nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen. Zusätzlich sind 80.000 Personen, die seit ihrer Kindheit hier leben, nicht eingebürgert.

Dabei ermöglicht die Staatsbürgerschaft Einwander:innen nicht nur gesellschaftliche und politische Teilhabe, sie trägt auch zur Identifikation mit dem Land bei. Kinder und Jugendliche, die in Österreich aufgewachsen sind, werden vom Gesetz als „Fremde“ betrachtet. Ihre demokratische Beteiligung wird blockiert, Integration und Zugehörigkeitsgefühl werden gehemmt. Junge Menschen erfahren eine doppelte Entfremdung – in Österreich und auf internationaler Ebene. Denn ihre Möglichkeiten, sich innerhalb der EU oder global frei zu bewegen, sind beschränkt.

Eine Reform des österreichischen Staatsbürgerschaftsgesetzes ist angesichts der globalen Mobilität, der gesellschaftlichen Diversität und der steigenden Zahl an Menschen, die in Österreich geboren und aufgewachsen, aber nicht eingebürgert sind, dringend notwendig. Denn nur mit einem flexiblen und inklusiven Staatsbürgerschaftsrecht kann man den Anforderungen an moderne Gesellschaften gerecht werden.

**So bekommen Sie alle aktuellen Beiträge direkt in Ihr Postfach:
A&W-Blog abonnieren unter awblog.at/blog-abo**



Ein gutes Gefühl

Vor 80 Jahren, im April 1945, wurde der überparteiliche Österreichische Gewerkschaftsbund gegründet. Stellvertretend für die 1,2 Millionen Mitglieder erzählen Sonja, Alexandra, Sibylle, Gerhard und Wolfgang, warum es für sie wichtig ist, in einer Gewerkschaft organisiert zu sein.

TEXT MIRIAM KOCH

Allein ist man oft machtlos. Und zusammen? Da ist man eine Kraft, ein Motor der Veränderung. So sieht es Sonja. Sie ist 42 Jahre alt und kämpferisch. „Wenn es eine Pensionsreform gibt, die dazu führt, dass ich länger arbeiten muss, dann gehe ich sofort auf die Straße“, sagt die Niederösterreicherin. Sie ist Angestellte in einem Wiener Büro

und stolz auf ihre mehr als 25 Jahre Berufserfahrung. Bis 67 arbeiten zu müssen kann sich Sonja aber nicht vorstellen. „Der Druck am Arbeitsplatz steigt und steigt, und alles muss in immer kürzerer Zeit erledigt werden.“

Mit ihren Sorgen ist Sonja nicht allein. Viele bekommen den Druck in der Arbeitswelt schon früh zu spüren. Was Sonjas Sor-

gen mildert: Sie ist seit Beginn ihrer Berufstätigkeit Mitglied in der Gewerkschaft. Es sei „ein gutes Gefühl“, wie sie sagt, wenn man jemanden an seiner Seite habe und wisse, dass man gemeinsam mit vielen Verbündeten Verbesserungen durchsetzen kann.

Ein gutes Leben für alle – Wohlstand, Gerechtigkeit, Mitbestimmung, Sicherheit, Freiheit und Frieden – gibt es nur in stabilen Demokratien. Dafür braucht es die gewerkschaftliche Solidarität, dafür braucht es starke Gewerkschaften. Dass Österreich sich in den vergangenen 80 Jahren zu einem der reichsten Länder der Welt entwickeln konnte, dass es eine gute Absicherung und einen starken Sozialstaat gibt, daran hatte der im April 1945 gegründete ÖGB großen Anteil. Er ist heute das gemeinsame Dach der Gewerkschaft GPA, der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD), der union_Die Daseinsgewerkschaft, der Gewerkschaft Bau-Holz, der Gewerkschaft vida, der Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten und der Produktionsgewerkschaft PRO-GE.

Und auch 80 Jahre nach seiner Gründung gibt es noch viel zu tun: etwa Österreich (wieder einmal) aus der Krise zu führen und auf Erfolgskurs zu bringen. Wie das gelingen kann, hat der ÖGB in einem



10-Punkte-Plan für Wirtschaft und Beschäftigung dargelegt. Gerade jetzt benötigen wir sinnvolle und langfristige Investitionen statt planloser Kürzungen. Besonders wichtig sind Investitionen in erneuerbare Energien, in leistbares Wohnen, in Bildung und Pflege sowie in ein öffentliches Verkehrsnetz. Mehr Mittel für den Klimaschutz helfen, Arbeitsplätze zu sichern und den Standort Österreich zu stärken. Ein Sparprogramm wird hingegen Investitionen bremsen und der Wirtschaft schaden.

Für Gerechtigkeit

„Was man in der Arbeitswelt nicht geschenkt bekommt, muss erkämpft werden, vor allem für uns Frauen“, ist Sonja überzeugt. Sie war schon bei vielen Aktionen und Demonstrationen des ÖGB mit dabei. „Mit Erfolg“, erzählt sie stolz: „Immer wieder konnten wir wichtige Zugeständnisse und Verbesserungen durchsetzen.“ Anlass zum Protest gibt es allemal: Immer wieder drohen – wie auch aktuell – Rückschritte und Einschnitte bei den Rechten von Arbeitnehmer:innen. Steuergerechtigkeit ist noch nicht erreicht, Gleichberechtigung in allen Bereichen ebenso wenig.

Auch im Arbeitsleben besteht noch viel Verbesserungsbedarf: Obwohl Diskriminierung im Arbeitsalltag verboten ist, gibt es in Österreich immer wieder Probleme. Im Durchschnitt verdienen Männer deutlich mehr als Frauen. Die Schließung dieser Lohnschere bleibt ein wichtiges Daueranliegen der Gewerkschaften. Es liegen bereits konkrete Vorschläge auf dem Tisch, was Politik und Unternehmen tun müssten, um diese zu erreichen: vor allem mehr und bessere Kinderbetreuungseinrichtungen sowie mehr Transparenz bei den Gehältern schaffen, damit Ungleichbehandlungen in Unternehmen sichtbar werden. Schließlich gelingt eine gerechtere Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern auch in anderen Ländern, wie etwa in Skandinavien.

Auch für Menschen, die auf dem Arbeitsmarkt oft benachteiligt werden, etwa ältere Arbeitnehmer:innen oder Menschen mit Behinderungen, setzen sich die Gewerkschaften ein. Sie kämpfen dafür, dass Barrieren im Job abgebaut werden und dass auch im Alter gute Arbeitsbedingungen gewährleistet sind. Zudem wird auf die Wichtigkeit von ausreichend Zeit zur Genesung im Krankheitsfall geachtet und darauf, dass Arbeit nicht krank macht.

„Für mich ist es wichtig zu wissen, dass man nicht allein ist, egal welche Schwierigkeiten man hat“, sagt Alexandra. „Und dass ich weiß, es gibt jemanden, der mir helfen kann und meine Rechte sowie meine soziale Sicherheit stärkt.“ Die 32-Jährige ist als Lehrling Gewerkschaftsmitglied geworden. Mittlerweile hat sie eine Tochter, die in die Volksschule geht. Die bessere Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, auch für Väter, ist für sie ein wichtiges

Thema. Besonders gut gefällt Alexandra die Idee der Familienarbeitszeit, also dass beide Elternteile ihre Arbeitszeit bis zum vierten Geburtstag des Kindes reduzieren können und dafür einen Bonus erhalten. „Mit der Gewerkschaft bin ich Teil von etwas Größerem, und das taugt mir“, sagt Alexandra.

Für Gemeinschaft

Für Gerhard, 51, ist Mitbestimmung im Betrieb ein zentrales Thema. Betriebsratsmitglieder leisten wertvolle und gute Arbeit, sogar ehrenamtlich, erzählt er: „In Firmen mit Betriebsrat läuft der Laden besser, und die Beschäftigten sind zufriedener.“ Dafür braucht es auch den nötigen Rückhalt: Die Gewerkschaften und Arbeiterkammern unterstützen mit Rat und Tat die tägliche Arbeit von Zehntausenden Belegschaftsvertreter:innen. Sie sind auch enorm wichtig, wenn es darum geht, unsere Demokratie und Mitbestimmung zu sichern.

Gerade in politisch unsicheren und wirtschaftlich herausfordernden Zeiten ist das Sicherheitsnetz, das Gewerkschaften bieten, von großer Bedeutung. Und dass jemand den Unternehmen auf die Finger schaut, wenn sie ausbeuterische Praktiken anwenden oder Lohn- und Sozialdumping betreiben. „Alle müssen sich an die Regeln halten“, meint Sibylle. „Ich kann ja auch nicht bei meiner Arbeit kommen und gehen, wie es mir passt. Daher erwarte ich, dass die Arbeitgeber:innenseite das auch nicht tut“, findet die Lehrerin aus Tirol. „Ich bin froh, dass es eine Stelle gibt, die Ungerechtigkeiten bekämpft bzw. verhindert.“

Auch Wolfgang aus Oberösterreich teilt viele der genannten Anliegen. Er arbeitet bei einer Bank und spart gerne. Deshalb ist er immer wieder dankbar für die Ermäßigungen, die er durch seine Gewerkschaftsmitgliedschaft erhält. „Mein Beitrag ist eine wirklich gute Investition“, findet er, „für mich selbst, für meine Familie, aber vor allem, weil ich auch dazu beitrage, Österreich zu verbessern.“ Und weil er gerne den gemeinsamen Zusammenhalt spürt. ▀

WAS GEWERKSCHAFTEN FÜR ARBEITNEHMER:INNEN ERREICHT HABEN

- 1955 Allgemeines Sozialversicherungsgesetz
- 1957 Einführung des Mutterschutzes
- 1961 Karenzgeld für Mütter
- 1964 drei Wochen Mindesturlaub
- 1972 Jugendvertrauensrätegesetz
- 1983 fünf Wochen Mindesturlaub
- 1990 Eltern-Karenzurlaubsgesetz
- 1997 Insolvenzschutz für Arbeitnehmer:innen
- 2003 Abschaffung der Ambulanzgebühren
- 2003 Deckelung von Pensionsverlusten
- 2004 Elternteilzeit
- 2007 Ausbildungsgarantie bis 18 Jahre
- 2011 verpflichtende Einkommensberichte
- 2013 Einführung des Fachkräfte-Stipendiums
- 2019 Einführung des Papamonats
- 2022 EU-Lieferkettengesetz
- 2023 Maßnahmen gegen die Teuerung
- 2023 Anteilige Pensionsanpassung, Valorisierung von Sozial- und Familienleistungen
- 2024 Gewaltschutzübereinkommen ILO 190 von Österreich ratifiziert

Die Revolte von Krems

Von der historischen Arbeiter:innen- über die Frauenrechtsbewegung bis hin zu „Fridays for Future“: Proteste und soziale Kämpfe gibt es schon lange. Ihre Ziele, Formen und die Menschen dahinter haben sich jedoch im Laufe der Zeit verändert.

TEXT NADJA RIAHI

Im Juli des Jahres 1886 kommt es in der staatlichen Tabakfabrik in Krems-Stein zu einem folgenschweren Aufstand: Wegen „schlechter Arbeit“ wird einer Arbeiterin kurzerhand der Lohn gekürzt. Die Frau protestiert und verliert nach 20 Dienstjahren „wegen Renitenz“ ihre Arbeit. „Dies erregte den Unwillen der übrigen nach hunderten zählenden Arbeiterinnen, die durch Schreien, Fluchen, Poltern und Aufschlagen mit den Werkzeugen auf den Tischen einen Exceß erregten, den die Hauswache beilegen musste“, schreibt die Wochenzeitung „Das interessante Blatt“ in der Ausgabe vom 15. Juli. Es kommt zu weiteren Entlassungen und zu Tumulten bis in die Abendstunden.

Im Museum Arbeitswelt im oberösterreichischen Steyr war der Bericht über den fast 140 Jahre zurückliegenden Arbeitsprotest ausgestellt. Die Schau „Aufsässiges Land“ widmete sich dort den größeren und kleineren Protestbewegungen in der Geschichte Österreichs, manche – wie etwa die Bauernbewegung – reichen bis ins 16. Jahrhundert zurück. Während ziviler Widerstand aus den unterschiedlichsten Anlässen heraus entstehen kann, eint solche Bewegungen, dass sich Menschen zusammenschließen, um sich gemeinsam für etwas einzusetzen.

„Aufstände entstehen oft wegen sozialer Ungerechtigkeiten oder unfairer Arbeitsbedingungen“, erklärt Ruth Simsa. Sie forscht



am Institut für Soziologie und empirische Sozialforschung der Wirtschaftsuniversität Wien unter anderem zu sozialen Bewegungen. Als zentrale Merkmale derselben nennt Simsa ein starkes Zugehörigkeitsgefühl der Akteur:innen, eine hohe Identifikation mit den Zielen der Bewegung und den Wunsch nach einer Verbesserung der aktuellen Umstände.

Wandel und Wirkung

Die Struktur von Protestbewegungen könne von spontanen, informellen Zusammenschlüssen bis hin zu formal aufgebauten Netzwerken reichen. „Wichtig ist, dass sie keine Organisationen mit formalen Strukturen sind, jedoch von solchen unterstützt werden“, erklärt Simsa. Ein Ziel von gesellschaftlichen Initiativen sei es stets, einen sozialen Wandel herbeizuführen, und dafür nehmen sie in der Regel öffentlichen Raum ein. Zu den bekanntesten Formen zählen Proteste, Demonstrationen, Blockaden, Streiks, Petitionen, Boykotts und Kundgebungen. „Besonders interessant sind kreative Protestformen wie Straßenkunst, Installationen im öffentlichen Raum und Flashmobs“, sagt Simsa.

Früher waren aktivistische Netzwerke tendenziell homogener. Neuere Bewegungen zeichnen sich durch eine deutlich heterogene Mobilisierung aus, besonders in Bezug auf Alter, Bildung und politische Herkunft. „In unseren Breiten werden soziale Bewegungen jedoch häufig von Menschen aus sozial besser gestellten Schichten vorangetrieben“, erklärt Simsa.

Zivile Bewegungen lassen sich generell in traditionelle und neue Strömungen unterteilen. Zu ersteren zählen etwa die Arbeiter:innenbewegung, die Frauenrechtsbewegung sowie die Umwelt- und Friedensbewegung, die seit den 1960er-Jahren gegen Umweltzerstörung und Aufrüstung mobilisiert. Heutige Gruppen sind stärker durch globale Vernetzung und digitale Mobilisierung geprägt. Beispiele hierfür sind der Arabische Frühling, der ab 2010 über soziale Medien Proteste gegen autoritäre Regime auslöste, die Bewegung „Occupy Wall Street“, die sich gegen wirtschaftliche Ungleichheit richtete, oder die sogenannten „Indignados“ in Spanien, die gegen Sparmaßnahmen und soziale Ungerechtigkeit protestierten. Diese jüngeren Gruppierungen zeigen, wie sich Formen des Widerstands im digitalen Zeitalter verändert haben.

Gründung des Ersten Demokratischen Wiener Frauenvereins

Quelle: Österreichisches Parlament

1848



Ein wichtiger Effekt von zivilen Bewegungen sei, dass sie gesellschaftliche Anliegen auf die politische Bühne bringen, betont die Sozialforscherin Ruth Simsa.

Forscherin Simsa warnt aber davor, die aktivistische Macht von Social Media zu überschätzen. Zwar seien Plattformen wie Instagram, X (ehemals Twitter) und Bluesky heute essenziell, um Menschen über Demonstrationen zu informieren, erfolgreiche Bewegungen fänden jedoch auf der Straße statt – und nicht durch Likes.

Die Krux bei der Frage nach dem Erfolg von sozialen Bewegungen ist, dass er nicht messbar ist. Einerseits wisse man nicht, was ohne sie gewesen wäre, andererseits könnten sich ihre Effekte auch erst Jahre später zeigen, erklärt Simsa: „Wenn wir uns die großen Bewegungen wie die Umwelt-, die Frauen- oder die Arbeiter:innenbewegung ansehen, merken wir, dass viele Punkte, die damals gefordert wurden, heute erfüllt sind. Das sehe ich schon als einen Erfolg.“ Die erkämpften Errungenschaften würden aber häufig auch unterschätzt oder vergessen, „besonders wenn Dinge nicht stattgefunden haben, wie etwa der Bau des Donaukraftwerks in Hainburg“.

Eine zentrale Wirkung sozialer Bewegungen liege in ihrem „Agenda Impact“: Sie bringen Themen auf das politische Tapet und zwingen Entscheidungsträger:innen, sich damit auseinanderzusetzen. Auch wenn nicht immer konkrete Maßnahmen folgen, schaffen sie es, gesellschaftliche Probleme ins Zentrum des öffentlichen Diskurses zu rücken – ein erster und entscheidender Schritt für langfristigen Wandel.

Den Tabakarbeiterinnen aus Krems blieb damals nur der Gang zur Generaldirektion in Wien, um sich über die Entlassungen zu beschweren. Der Ausgang eines solchen „Exzesses“ ist meist ungewiss, aber das Beispiel zeigt eindrucksvoll, dass es oft nur eine Person braucht, um einen Stein des Protests ins Rollen zu bringen – und ein wenig „Renitenz“. ▸

Ein Stück Welt in Graz

Der Grazer Migrant:innenbeirat gibt Menschen, die in Österreich nicht wählen dürfen, die Möglichkeit zur demokratischen Mitbestimmung. In den mit ihm vernetzten Organisationen ist Gemeinschaft eine Maxime.

TEXT CHRISTIAN RESEI, SOPHIA FIELHAUER-RESEI



Das Wort „Koha“ beschreibt eine Tradition der neuseeländischen Māori, nach der ein Geschenk mit einem entsprechenden Gegengeschenk Anerkennung findet. Das kann Geld, Zeit, Wissen oder auch ein anderes Produkt sein. In der Koha Kitchen könnte sich der Begriff auf das Essen beziehen – und auf noch viel mehr. „Ich habe hier eine Gemeinschaft gefunden“, sagt Peninah Lesorogol, „für mich ist das ein Zuhause.“ Lesorogol ist Teil des Stammpublikums der Grazer Gemeinschaftsküche. Die Schmuckdesignerin aus dem Dorf Samburu im Norden Kenias gehört der Volksgruppe der Massai an. In der Koha Kitchen bereitet sie bisweilen für alle ihr Leibgericht zu: Pilau Marsala, Gewürzreis mit Rindfleisch oder Huhn. Hier wird es eine Variante mit Gemüse – in der Koha Kitchen wird ausschließlich vegetarisch und vegan gekocht. Für Lesorogol, die seit neun Jahren in der steirischen Hauptstadt lebt, ist das hier jedenfalls nicht bloß ein Raum wie viele andere.

In der Koha Kitchen im Grazer Bezirk Gries wird Teilhabe großgeschrieben. Hier können Migrant:innen Arbeit finden und über eine Vereinsstruktur Miteigentümer:innen werden. Sie ist außerdem eine der rund 60 Organisationen, mit denen der Grazer Migrant:innenbeirat zusammenarbeitet. Dieses zivilgesellschaftliche Gremium fungiert als Vehikel für die demokratische Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte. Der Beirat bildet eine Brücke zwischen Kommunalpolitik, Verwaltung und migrantischer Bevölkerung. Und die Koha Kitchen mit ihren Vintage-Fauteuils, Sofas und dem gemütlichen großen Esstisch ist Teil eines größeren Netzwerks, das die Mitsprache und Partizipation derer fördert, die sonst Gefahr laufen, nicht gehört zu werden.

Mitentscheiden können

Lesorogol ist Mutter von drei Söhnen, 15, 9 und 7 Jahre alt. Die beiden jüngeren sind in Tirol geboren: „Halbe Österreicher und halbe Kenianer“, lacht sie. Für sie sei es wichtig, dass die Kinder in beiden Regionen zu Hause sind. „Sie sollen hier und in Kenia eine Gemeinschaft finden, der sie sich zugehörig fühlen.“ Gern würde Lesorogol stärker am politischen Leben ihrer Stadt und ihres zweiten Heimatlandes teilnehmen, sie erachtet ihre Lage in Österreich als unbefriedigend. „Ich arbeite hier und zahle Steuern, aber ich habe keine Möglichkeit, wählen zu gehen“, sagt Lesorogol. Für die österreichische Staatsbürgerschaft müsste sie ihre bisherige aufgeben und damit „einen Großteil meiner Identität“. In ihrer ersten Heimat setzt sie sich für Frauen ein, hat eine NGO aufgebaut, die ihnen Bildung und Auskommen verschafft: einerseits mit in Samburu handgefertigtem schillernd-buntem Glasperlenschmuck, andererseits mit Landwirtschaft und dem Pflanzen von Bäumen.

So wie Lesorogol geht es vielen der rund 47.000 Menschen in Graz, die aus Drittstaaten kommen. Genau deshalb wurde vor 30



„Ich habe hier eine Gemeinschaft gefunden“, sagt Peninah Lesorogol, die ursprünglich aus Kenia stammt und die Grazer Gemeinschaftsküche Koha Kitchen regelmäßig besucht.

Jahren der Migrant:innenbeirat ins Leben gerufen. Er bietet ihnen politische und organisatorische Unterstützung, erarbeitet Stellungnahmen wie Empfehlungen und arbeitet eng mit den städtischen Ausschüssen für Bildung, Soziales und Wohnen sowie Kultur und Wissenschaft zusammen. Außerdem veröffentlicht er jedes Jahr einen Bericht über die Lage der in Graz lebenden Migrant:innen. Eine zentrale Forderung ist, dass das Engagement von Migrant:innen in öffentlichen Gremien in Österreich generell stärker gefördert wird. Denn in der Republik ist der Grazer Migrant:innenbeirat bisher einzigartig. Einige seiner wichtigsten Themen sind der Zugang zum Arbeitsmarkt, die Nostrifizierung von im Ausland erworbenen Qualifikationen und das Einbürgerungsgesetz.

Das österreichische Staatsbürgerschaftsrecht zählt laut internationalen Ranglisten wie dem MIPEX-Ranking weltweit zu den strengsten. Österreich gehört zu den wenigen Staaten, die nur in bestimmten Sonderfällen Doppel- oder Mehrfachstaatsbürgerschaften zulassen – etwa „wegen bereits erbrachten und noch zu erwartenden Leistungen oder wenn es im Interesse der Republik Österreich liegt“. Bekannte Opernsänger:innen und Profisportler:innen profitieren zum Beispiel von dieser Ausnahme.

Noch gilt Deutschland als Vorbild: Ein Gesetz von 2024 beschleunigt die Einbürgerung auf fünf Jahre, bei besonderen Integrationsleistungen kann es sogar nur drei Jahre dauern. Die doppelte Staatsangehörigkeit wird dort generell zugelassen, und in Deutschland geborene Kinder, deren Eltern fünf Jahre legal im Land leben, erhalten – anders als in Österreich – bei Geburt automatisch die Staatsbürgerschaft.



Die Vorsitzende des Migrant:innenbeirats, Irina Karamarković, und Geschäftsführer Godswill Eyawo: Das Netzwerk bestehend aus 60 Initiativen fördert die politische Mitbestimmung und das Zugehörigkeitsgefühl von Migrant:innen.

Beetoo aus Indien ist Stammgast, Debbie Adams aus Neuseeland Gründerin der Koha Kitchen, die auch vom Migrant:innenbeirat unterstützt wird.

Sozialwissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass die Einbürgerung als Katalysator für Integration wirkt. Ein Pass der neuen Heimat vermittelt Einwanderinnen und Einwanderern nicht nur ein Gefühl von Sicherheit und Zugehörigkeit, er bringt auch bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt und Zugang zu demokratischer Teilhabe, wie die Möglichkeit zu wählen. Migrant:innen leben in zwei Gesellschaften und haben Bindungen an beide Staaten, daher ist auch eine Doppelstaatsbürgerschaft ein angemessener Ausdruck ihrer Lebensverhältnisse.

„Die langen Wartezeiten, hohen Kosten und strengen gesetzlichen Vorgaben machen das österreichische Einbürgerungsgesetz im internationalen Vergleich zu einem der restriktivsten“, sagt Irina Karamarković, Vorsitzende des Migrant:innenbeirats. Die Musikerin, Doktorin der Philosophie und Autorin weist darauf hin, dass restriktive Einbürgerungsgesetze auch in Anbetracht des Arbeitskräftemangels eine Hürde darstellen, da sie hoch qualifizierte Fach-

kräfte daran hindern, langfristig in einem Land zu bleiben und sich vollständig zu integrieren.

Reden schafft Vertrauen

Karamarković ist seit September 2021 Beiratsvorsitzende, das 9-köpfige Team wird alle fünf Jahre parallel zur Grazer Gemeinderatswahl von den Drittstaatsangehörigen in der Stadt gewählt. War der Beirat in den ersten Jahren rein männlich besetzt, sind es nun acht Frauen und ein Mann, die aus den USA, Indonesien, Serbien, Nigeria, Bangladesch, der Türkei und der Ukraine stammen. „Wir bieten offiziell keine Beratungen an, aber wir wissen in der Regel, wer weiterhelfen kann“, berichtet Karamarković. Konfrontiert sei der Beirat, der sich als Drehscheibe versteht, auch mit Menschen, die stärkster Diskriminierung ausgesetzt sind, etwa weil sie sichtbar anders aussehen, zum Beispiel mit Kopftuch oder Turban bekleidet sind oder nicht fließend Deutsch sprechen.

Neben der politischen Vertretung ist auch die Vernetzung der Menschen eine wichtige Aufgabe. „Wir wollen, dass sich Migrant:innen aktiv an der Nachbarschaft beteiligen. Wenn Menschen miteinander reden, werden Vorurteile abgebaut“, weiß Godswill Eyawo. Den Geschäftsführer des Migrant:innenbeirats nennen alle nur kurz Will. Viele migrantische Vereinslokale hätten sich in der Nachbarschaft angesiedelt und seien besonders am Wochenende gut besucht: Anrainer:innen seien in der Vergangenheit teils wegen der vielen „fremd aussehenden Menschen“ in ihrer Gegend verunsichert gewesen. „Deshalb haben wir das Projekt ‚Tag der offenen (Vereins-)Türen‘ ins Leben gerufen“, erzählt Will, der 1994 von Nigeria nach Graz kam.

Anteil der Nicht-EU-Bürger:innen in der Grazer Bevölkerung

Quelle: Stadt Graz





An die Gemeinschaftsküche schließt der Shop „Bohemian Soul Beehive“ mit Second-Hand-Ware und handgemachten Kunstwerken von Grazer Künstler:innen an.

Jeden Mittwoch treffen bis zu 30 neue und angestammte Grazer:innen in der Koha Kitchen zum Kochen und Essen zusammen. Gekocht wird vegetarisch und vegan, geredet wird mit allen.

Ziel der Aktion war es, Nachbar:innen zu begegnen und sich auszutauschen. „Wir haben gesagt: Kommt vorbei, wir wollen euch kennenlernen! Es gibt etwas zu essen und zu trinken“, sagt Will. Viele Nachbar:innen hätten die Einladung angenommen und durch die Gespräche bemerkt, dass diese Vereine nichts Ungewöhnliches tun. „Wir sind einfach Menschen, die hier Fuß fassen wollen und uns gegenseitig unterstützen.“ 2014 entwickelte sich daraus schließlich der „Tag der Migrant:innenvereine“ – ein jährliches Fest am zentralen Mariahilferplatz unweit der Mur.

„Wir wollen, dass Menschen mit einem fremden Nachnamen oder mit einer anderen Hautfarbe die Chance haben, auch eine Leitungsposition zu übernehmen.“

Irina Karamarković,
Vorsitzende Migrant:innenbeirat

Schon damals habe der Migrant:innenbeirat mit dem ehemaligen Bürgermeister Siegfried Nagl (ÖVP) ein gutes Gesprächsklima gehabt. Mit KPÖ-Bürgermeisterin Elke Kahr, die seit 2021 regiert, habe es sich jedoch noch verbessert. Gesprächspartner:innen im Rathaus seien ohne großen Aufwand schnell erreichbar, die Stadtpolitik sei sozialer und offener gegenüber Minderheiten geworden. „Als Migrant:innenbeirat haben wir mehr öffentliche Präsenz, etwa mit unserer Kolumne in der Stadtzeitung“, erzählt die Vorsitzende

Karamarković. Freilich gebe es noch Luft nach oben: Die Diversität in der Verwaltung, in den Institutionen und Organisationen der Stadt sollte erhöht werden. „Wir wollen, dass Menschen mit einem fremden Nachnamen oder mit einer anderen Hautfarbe die Chance haben, auch eine Leitungsposition zu übernehmen, und nicht nur Putzfrauen werden“, spitzt es Karamarković zu.

Räume für Begegnung

Auch Beetoo, der gerade an seiner Masterarbeit schreibt, glaubt an seine Karriere. Er will später für internationale Medien arbeiten und seine Vielsprachigkeit einsetzen. In der Koha Kitchen hat er eine Atmosphäre gefunden, die er in der restlichen Stadt ein bisschen vermisst: eine spontane, lebendige. „In der Stadt unterhält sich kaum jemand, nicht einmal in den Straßenbahnen oder Zügen – anfangs dachte ich, die Menschen meditieren“, schmunzelt Beetoo, der vor einem Jahr aus Indien nach Graz kam.

Bei einem Spaziergang entdeckte er zufällig die Koha Kitchen, in der gerade eine Teezeremonie abgehalten wurde. Debbie Adams, Gründerin der Gemeinschaftsküche und gebürtige Neuseeländerin, lud ihn vom Gehsteig weg zum gemeinsamen Mittagessen ein – in diesem gemütlichen Raum mit der Tafel, an der so viele Kulturen ihren Platz finden. Seither ist Beetoo fast jede Woche hier: Mittwochs treffen sich bis zu 30 neue und angestammte Grazer:innen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen zum gemeinsamen Kochen und Essen. Was der Migrant:innenbeirat im Großen fördert, schafft die Koha Kitchen im lokalen Bereich: die Vernetzung unterschiedlichster Menschen und mehr Verständnis füreinander. ▀

Wie wir die Demokratie aufwerten



RENATE ANDERL

PRÄSIDENTIN DER BUNDESARBEITSKAMMER

Wir befinden uns in einem wichtigen Jahr für die Demokratie, insbesondere für die Arbeitnehmer:innen-Bewegung: Wir feiern 80 Jahre Wiedererrichtung der Arbeiterkammern und 80 Jahre Gründung des ÖGB. Aber wie steht es aktuell um unsere Demokratie?

AK-Wahlen, Wahlen zum Europäischen Parlament, Nationalratswahlen: 2024 war ein „Superwahljahr“. Viel war die Rede von Demokratie und Mitbestimmung. Auch 2025 stehen in Österreich Urnengänge an: in Gemeinden, Landtagen, der Hochschüler:innenschaft und der Wirtschaftskammer. Demokratie ist aber mehr als ein Kreuzerl bei einer Wahl.

„Wer das Gold hat, macht die Regeln“, so ein Leitspruch des Unternehmers und Politikers Frank Stronach. Und damit liegt er – leider – richtig: Die Superreichen nutzen ihr Vermögen gezielt zur Einflussnahme auf politische Entscheidungen. Allein die Finanzlobby gibt in Brüssel jedes Jahr 120 Millionen Euro aus, um ihre Interessen auf EU-Ebene durchzusetzen. Ein Blick auf das EU-Transparenzregister zeigt, wie einseitig die Machtverhältnisse in Brüssel sind: Auf 100 Wirtschaftsorganisationen, die in Brüssel Lobbying gegenüber EU-Entscheidungsträger:innen betreiben, kommen nur zwei Arbeitnehmer:innenvertretungen.

Die zunehmende Macht der Superreichen und Unternehmen sowie die steigende Konzentration von Vermögen sind eine Bedrohung für unsere Demokratie. Immer öfter werden Entscheidungen nicht mehr im Interesse der Vielen getroffen. Die Einflussnahme von Vermögenden und Großkonzernen führt zu einer Entwertung der Demokratie.

Wir müssen uns als Gesellschaft daher überlegen, wie wir sie wieder aufwerten können. Sorgen wir dafür, dass in unserer demokratischen Republik das Recht – um unsere Verfassung zu zitieren – tatsächlich vom Volk ausgeht und nicht von den reichen Eliten. Setzen wir uns dafür ein, dass alle Menschen, die hier leben, arbeiten und Steuern zahlen, mitbestimmen und wählen dürfen – das ist echte Demokratie. Unternehmen müssen einsehen, dass betriebliche Mitbestimmung Vorteile für die Betriebe bringt. Und wir müssen vehement gegen antidemokratische Tendenzen auftreten.

„Jedes Gramm Demokratie in diesem Laden haben wir erkämpft und mit Blut bezahlt“, heißt es in der „Proletenpassion“ der Musikgruppe Schmetterlinge. Wir müssen diesen Kampf weiterführen und dürfen dabei nicht müde werden – die Demokratie muss uns das wert sein! ▶

Neuerscheinungen aus dem ÖGB-Verlag



ArbeitnehmerInnenschutzgesetz

Biljana Milanovic, Petra Streithofer

Gesetze und Kommentare 163 | 2025 | 880 Seiten | EUR 109,00
ISBN 978-3-99046-672-8

Die 8. Auflage des bewährten Kommentars zum ArbeitnehmerInnenschutzgesetz berücksichtigt die gesetzlichen Änderungen der letzten Jahre. Neben einer Einführung in den Arbeitnehmer:innenschutz beinhaltet das Werk wie bisher die Kommentierung des ArbeitnehmerInnenschutzgesetzes inkl. erläuternder Bemerkungen aus der Regierungsvorlage. Der Anhang beinhaltet unter anderem die SVP-Verordnung, die Sicherheits- und Gesundheitsschutzdokumente-Verordnung, relevante Auszüge aus dem ArbVG und dem AVRAG, eine aktuelle Übersicht aller Durchführungsverordnungen zum ASchG sowie eine Auswahl der wichtigsten Erlässe zum ASchG.

JETZT BESTELLEN!



Arbeitsrecht+

Normensammlung für die betriebliche Praxis 2025

Gustav Wachter

Gesetze und Kommentare | 2025 | 1300 Seiten | EUR 65,00 | ISBN: 978-3-99046-724-4

Die Normensammlung Arbeitsrecht+ 2025 ist wieder auf dem neuesten Stand! Die Normensammlung Arbeitsrecht+ ist ein perfektes Werkzeug für alle, die mit arbeitsrechtlichen Fragen befasst sind und die einschlägigen Gesetze jeweils in der aktuellen Fassung benötigen.

Zusätzlicher Nutzen:

- Eröffnung des Zuganges zu wichtiger Judikatur (Leitsätze am Beginn jedes betroffenen Gesetzes, Hinweis auf diese Leitsätze beim jeweiligen Paragraphen)
- Stichworte bei den einzelnen Gesetzen, Gesamtstichwortverzeichnis
- Nach Kauf des Buches erhalten Sie die Berechtigung zum Download des erweiterten E-Books
- Weit über 200 Kurzkommentare bzw. Besprechungen von wichtigen Entscheidungen im erweiterten E-Book

In der schnelllebigen Zeit besonders wichtig: Zugang zur Online-Datenbank „Sammlung Arbeitsrecht“ mit der tagesaktuellen Fassung von über 400 arbeitsrechtlichen Normen.

JETZT BESTELLEN!



DIE ZUKUNFT MITBESTIMMEN!

**WIE PIA ERREICHEN WILL,
DASS ES GUTE JOBS UND
FAIRE EINKOMMEN FÜR
ALLE GIBT?**

MIT VEREINTEN KRÄFTEN.

PIA G., ÖGB-MITGLIED SEIT 2021

JETZT
MITGLIED
WERDEN!

[oegb.at](https://www.oegb.at)



Zusammenhalt ist unsere Stärke.

Ein Ersuchen des Verlages an den/die Briefträger:in:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können,
teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls
die neue bzw. richtige Anschrift mit

AW

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort